



ZEW

JAHRESBERICHT 2024

INHALT

VORWORT	5	FORSCHUNGSEINHEITEN	50
MISSION	6	ALTERSVORSORGE & NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE	52
ÜBER UNS	7	ARBEITSMÄRKTE & SOZIALVERSICHERUNGEN	58
ORGANIGRAMM & GREMIEN	8	DIGITALE ÖKONOMIE	64
2024 IN ZAHLEN	10	INNOVATIONSÖKONOMIK & UNTERNEHMENS DYNAMIK	70
PERSONAL & FINANZEN	12	MARKTDESIGN	76
EVENTS & STABWECHSEL	14	UMWELT- & KLIMAÖKONOMIK	82
ESSAY CLAUDIA VON SCHUTTENBACH	18	UNTERNEHMENSBESTEUERUNG & ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT	88
INTERVIEW MIT PROF. ACHIM WAMBACH, PHD	22	GESUNDHEITSMÄRKTE & GESUNDHEITSPOLITIK	94
MENSCHEN & KRAFT AM ZEW	24	UNGLEICHHEIT & VERTEILUNGSPOLITIK	100
DOSSIER KRAFT	32		
FINANZ- & WIRTSCHAFTSKRAFT	34		
ARBEITSKRAFT	42		
ZUKUNFTSKRAFT	46		



**PROF. ACHIM
WAMBACH, PHD**

➤ PRÄSIDENT

**CLAUDIA VON
SCHUTTENBACH**

➤ KAUFMÄNNISCHE
GESCHÄFTSFÜHRERIN

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

2024 ist ein Jahr, das allen Beteiligten – in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – Kraft abverlangt hat. Die deutsche Wirtschaft stagniert, die Ampelregierung zerbricht, Donald Trump wird erneut US-Präsident, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten dauern an. Diese Veränderungen, die damit verbundenen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten und neuen Anforderungen, hat das ZEW im Jahr 2024 mit fundierten Analysen und konkreten Handlungsempfehlungen begleitet, die Orientierung und Stabilität bieten. Aus diesem Grund haben wir unseren Jahresbericht dem Schwerpunktthema KRAFT gewidmet.

In unserem Dossier zeigen wir, wie unsere faktenbasierte Forschung durch ökonomische Einschätzungen zur Industriepolitik, Impulse für eine zukunftsfähige Steuer- und Finanzpolitik oder neue Perspektiven für die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft dazu beiträgt, den wirtschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit kraftvoll zu begegnen.

Diese Empfehlungen haben wir neben zahlreichen Fachgesprächen mit Entscheidungsträger/-innen auch in den ZEW-Veranstaltungen vermittelt – wie unseren Lunch Debates in Brüssel u.a. zur EU-Kohäsionspolitik, in der Eventreihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ z. B. zur Energiewende, oder in Debatten zur nachhaltigen Haushaltspolitik mit führenden Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft: Das ZEW setzt auf den Austausch als Motor für fundierte Entscheidungen.

Grundlage hierfür ist exzellente Forschung. Neben vielen anderen Projekten untersuchten wir 2024 am ZEW in einer mit über 1,1 Millionen Euro geförderten Pilotstudie den Zusammenhang von Innovation und Arbeit

für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Und mit dem Projekt „MetaFin“ für das Bundesministerium für Bildung und Forschung erforschen wir die Wirkung von Finanzbildung – gerade in Zeiten, in denen die staatliche Altersvorsorge unter Druck gerät. Auch in personeller Hinsicht wurden 2024 wichtige Weichen gestellt: Die Berufung von Prof. Achim Wambach, PhD, in den Deutschen Ethikrat ist ein starkes Zeichen für die Relevanz wirtschaftswissenschaftlicher Perspektiven in zentralen gesellschaftlichen Debatten. Zudem folgte Prof. Dr. Zareh Asatryan einem Ruf an die Universität Münster und Prof. Dr. Philipp Böing lehrt nun an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt.

Im Management hat sich das ZEW neu aufgestellt. Seit März 2024 ist Claudia von Schuttenbach kaufmännische Geschäftsführerin des ZEW. Sie übernimmt die Position mit umfassender Expertise im Wissenschaftsmanagement. Claudia von Schuttenbach hat die Nachfolge von Thomas Kohl angetreten, der das ZEW über 30 Jahre engagiert und sehr erfolgreich geprägt hat.

KRAFT ist nicht nur das, was uns durch das Jahr 2024 getragen hat – es ist der Antrieb, mit dem wir in die Zukunft blicken. Lassen Sie sich von den Erkenntnissen und Erfolgen des Jahres inspirieren, und erfahren Sie, wie sich das ZEW auch in Zukunft für Wissenschaft, Politik und Gesellschaft einsetzen wird.

WIR WÜNSCHEN IHNEN EINE SPANNENDE LEKTÜRE!



ACHIM WAMBACH



CLAUDIA VON SCHUTTENBACH

MISSION

Unabhängige und fundierte Wirtschaftsforschung mit Politikrelevanz – dafür steht das ZEW. Die Themen des Instituts bewegen sich nah am Zeitgeschehen.

Politik- und gesellschaftsrelevante Fragen wie

- **DIGITALISIERUNG**
- **EUROPÄISCHE INTEGRATION**
- **ENERGIEWENDE**

prägen als übergreifende Themen die Forschungsagenda. Das ZEW berät politische Entscheiderinnen und Entscheider an den zentralen Schaltstellen unter anderem in diesen Feldern und bringt sich aktiv in die öffentliche Debatte ein.

Mit seiner Arbeit verfolgt das ZEW zwei zentrale Ziele

- **POLITIKRELEVANTE FORSCHUNG**
- **WISSENSCHAFTLICH FUNDIERTE POLITIKBERATUNG**

ÜBER UNS

Das ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim gehört zu den führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstituten mit europäischer Reichweite und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

Unser Anspruch ist es, Wissenschaft zum Nutzen der Gesellschaft zu betreiben. Der Fokus unserer Forschung liegt daher auf anwendungsbezogenen Fragestellungen. Übergreifender Forschungsleitgedanke ist die **Analyse und das Design funktionstüchtiger Märkte und Institutionen in Europa**. Konkret befassen wir uns damit, wie die Rahmenbedingungen von Marktprozessen gestaltet sein müssen, um eine nachhaltige und effiziente wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Volkswirtschaften zu ermöglichen. Die evidenzbasierte Politikberatung ist ein weiteres Ziel des ZEW. Dabei erlauben es die Größe des Instituts und das breite inhaltliche Spektrum unserer Forschungseinheiten, umfangreiche und komplexe wirtschaftspolitische Beratungsaufträge zu bearbeiten.

Unter der Leitung des Präsidenten Prof. Achim Wambach, PhD und der kaufmännischen Geschäftsführerin Claudia von Schuttenbach (seit 1.3.2024, bis 29.2.2024 war Thomas Kohl kaufmännischer Geschäftsführer) arbeiten am ZEW derzeit ca. 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in neun Forschungseinheiten, drei Nachwuchsforschungsgruppen und zwei Servicebereichen.



CA.
180
MITARBEITER/
INNEN



9
FORSCHUNGS-
EINHEITEN



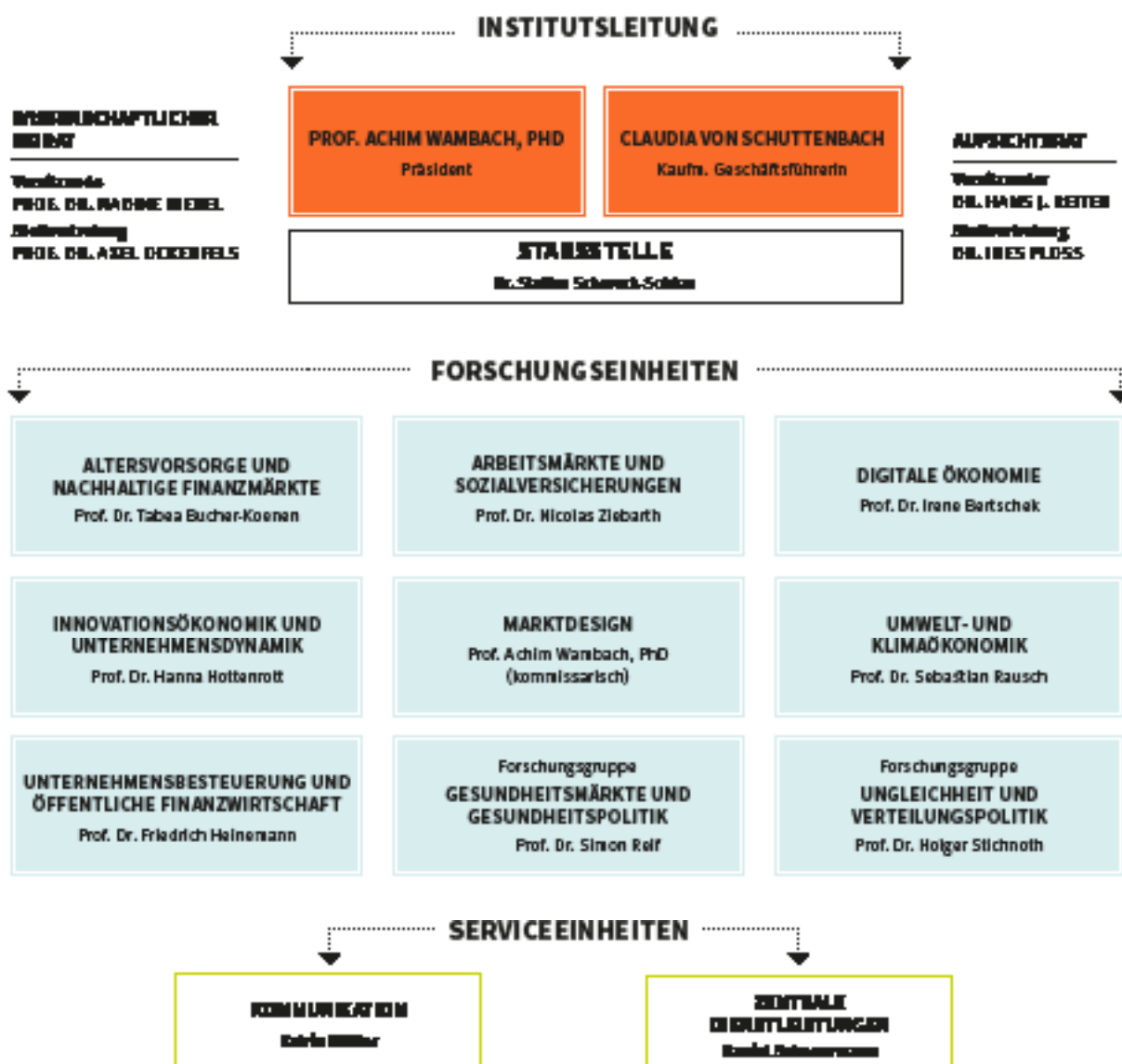
3
NACHWUCHS-
FORSCHUNGS-
GRUPPEN



2
SERVICE-
EINHEITEN

ORGANIGRAMM

STAND: APRIL 2025



GREMIEN

STAND: APRIL 2025

AUFSICHTSRAT

VORSITZENDER

DR. HANS J. REITER

Ministerium für Wissenschaft,
Forschung und Kunst Baden-Württemberg

STELLVERTRETENDE VORSITZENDE

DR. INES PLOSS

Heidelberg Materials Mineralik DE GmbH

VERENA AMANN

MVV Energie AG

DR. ELGA BARTSCH

Bundesministerium für Wirtschaft
und Klimaschutz

HEIKO ENGLING

Ministerium für Finanzen
Baden-Württemberg

PROF. DR. THOMAS FETZER

Universität Mannheim

DR. NATALIA JAEKEL

Staatsministerium Baden-Württemberg

MICHAEL KLEINER

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und
Tourismus Baden-Württemberg

PROF. DR. INGRID OTT

KIT – Karlsruher Institut für Technologie

DR. ALBRECHT SCHÜTTE

MdL Baden-Württemberg

PROF. DR. PETER WINKER

Justus-Liebig-Universität Gießen

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

VORSITZENDE

PROF. DR. NADINE RIEDEL

Westfälische Wilhelms-Universität Münster

STELLVERTRETENDER VORSITZENDER

PROF. DR. AXEL OCKENFELS

Max-Planck-Institut zur Erforschung
von Gemeinschaftsgütern, Bonn

PROF. DR. ÖZLEM BEDRE DEFOLIE

European University Institute (EUI), Florenz, IT

PROF. DR. JAKOB DE HAAN

Universität Groningen, NL

PROF. DR. OTTMAR EDENHOFER

Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

PROF. BERND FITZENBERGER, PHD

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
der Bundesagentur für Arbeit (IAB), Nürnberg

PROF. DIETMAR HARHOFF, PHD

Max-Planck-Institut für Innovation und
Wettbewerb, München

PROF. JÖRG ROCHOLL, PHD

European School of Management and
Technology (ESMT), Berlin

PROF. DR. DR. H.C. MONIKA SCHNITZER

Ludwig-Maximilians-Universität München

PROF. DR. LEONIE SUNDMACHER

Technische Universität München

PROF. MASSIMO TAVONI, PHD

European Institute on Economics and the
Environment (EIEE), Mailand, IT

2024 IN ZAHLEN

FORSCHUNGSOUPUT UND POLITIKBERATUNG

↗ **538**
VORTRÄGE AUF KONFERENZEN

↗ **61**
LEHRTÄTIGKEITEN

↗ **234**
REFeree-REPORTS

↗ **76**
PUBLIKATIONEN
IN PEER-REVIEWED
JOURNALS

↗ **168**
BEARBEITETE
FORSCHUNGSPROJEKTE

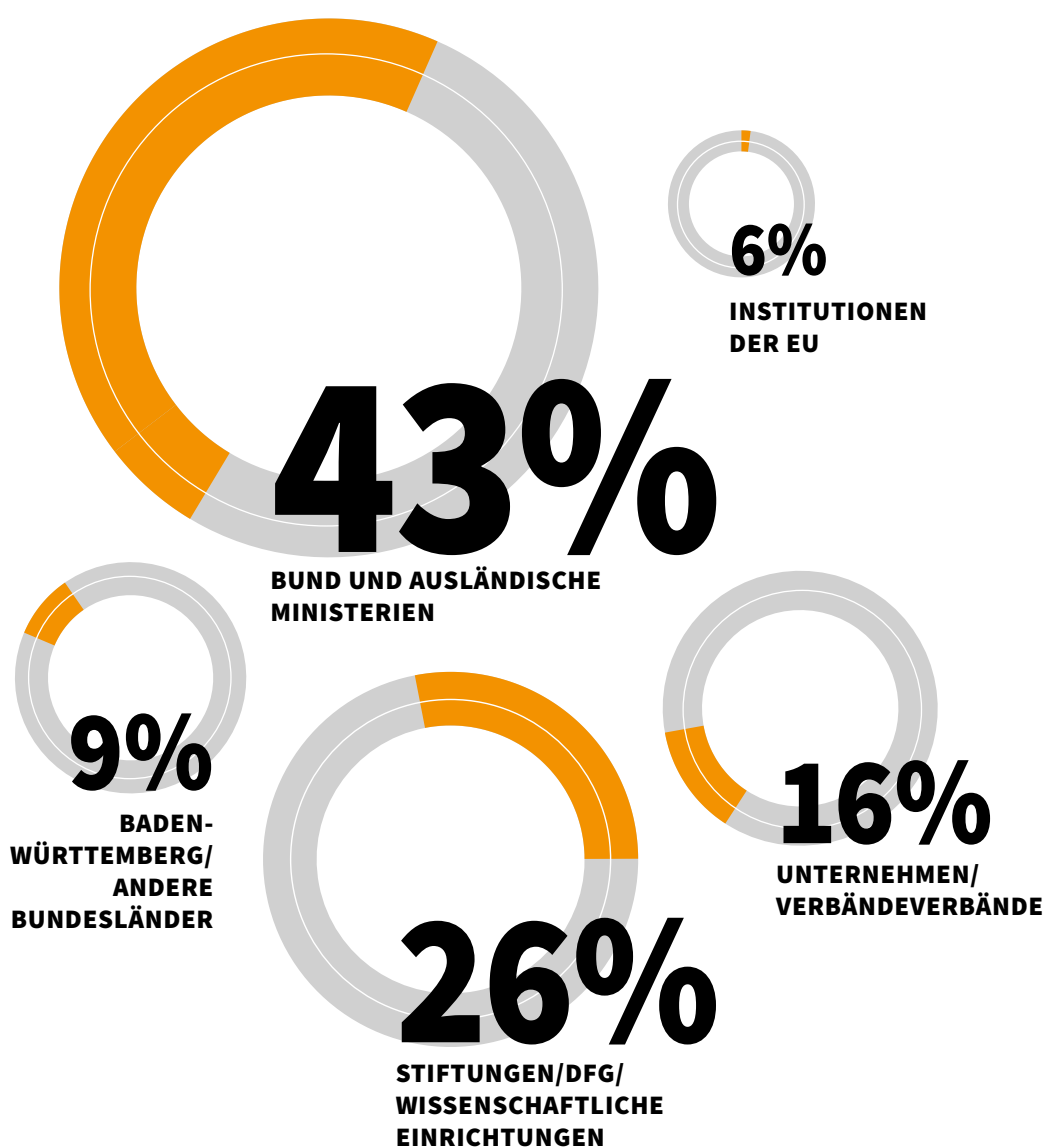
↗ **52**
AUSGETRAGENE
KONFERENZEN/
WORKSHOPS

↗ **19**
PREISE/
AUSZEICHNUNGEN



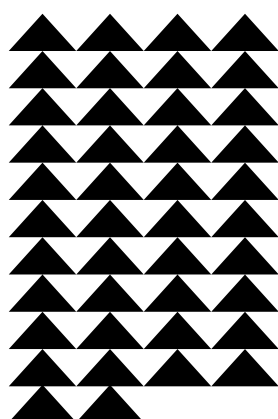
DRITTMITTEL 2024

NACH AUFTRAG-/ZUWENDUNGSGEBER

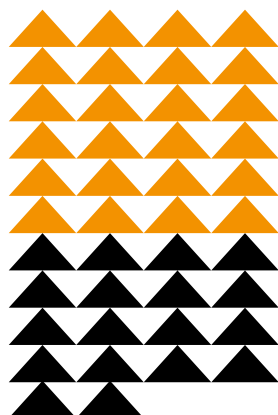


PERSONAL

STAND: DEZEMBER 2024



183
MITARBEITER/INNEN
GESAMT



MITARBEITERINNEN
46,8%



111
WISSENSCHAFT-
LERINNEN UND
WISSENSCHAFTLER



34
WISSENSCHAFT-
LICHE MITARBEI-
TER/INNEN SIND IN
TEILZEIT
BESCHÄFTIGT



28
WISSENSCHAFT-
LICHE MITARBEITER/
INNEN SIND
INTERNATIONALER
HERKUNFT



6,0
JAHRE DURCH-
SCHNITTLICHE
ZUGEHÖRIGKEITS-
DAUER DES WISS.
PERSONALBE-
STANDS



69
STUDENTISCHE
HILFSKRÄFTE



23
PRAKTIKANTEN/
-INNEN
(KUMULIERT
FÜR 2024)



72
WISSENSCHAFTS-
UNTERSTÜTZENDES
PERSONAL



35,4
JAHRE SIND
WISSENSCHAFTLER/IN-
NEN AM ZEWM IM
DURCHSCHNITT ALT



6
PROMO-
TIONEN

FINANZEN

STAND: APRIL 2025

AUSZUG AUS DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

	2023	2024*
Institutionelle Förderung	12.872	13.400
Drittmittel (Umsatzerlöse, Bestandsveränderungen, Erträge aus Zuschüssen)	6.805	7.296
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuschüsse zum Anlagevermögen	547	455
Sonstige Erträge	292	333
SUMME ERTRÄGE	20.516	21.484
Personalaufwand	14.177	14.256
Bezogene Leistungen	1.299	1.762
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.068	4.659
Abschreibungen auf Anlagevermögen	539	450
Zuweisungen zu den Sonderposten für Zuschüsse zum Anlagevermögen	127	110
Sonstiges	24	20
SUMME AUFWENDUNGEN	21.234	21.257
JAHRESFEHLBETRAG/JAHRESÜBERSCHUSS	-718	227
Entnahmen aus den zweckgebundenen Rücklagen	736	529
BILANZGEWINN	18	756

ZEW – BILANZ PER 31.12.2024*

AKTIVA	2023	2024*	PASSIVA	2023	2024*
Immaterielle Vermögensgegenstände	225	141	Gezeichnetes Kapital	26	26
Grundstücke und Bauten	7.295	7.116	Zweckgebundene Rücklagen	2.012	1.501
Betriebs- und Geschäftsausstattung	355	274	Andere Gewinnrücklagen	2.169	2.169
Anlagevermögen	7.875	7.531	Bilanzgewinn	18	756
Vorräte	2.618	3.945	Eigenkapital	4.225	4.452
Forderungen/sonstiges Vermögen	875	913	Sonderposten	4.245	4.549
Guthaben bei Kreditinstituten	4.387	4.060	Rückstellungen	2.004	1.851
Umlaufvermögen	7.880	8.918	Erhaltene Anzahlungen	2.597	3.767
Rechnungsabgrenzungsposten	542	431	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.464	817
GESAMTVERMÖGEN	16.297	16.880	Sonstige Verbindlichkeiten	1.762	1.444
			Fremdkapital	7.827	7.879
			GESAMTKAPITAL	16.297	16.880

* VORLÄUFIG, WERTE IN TSD. EUR

EVENTS

IM JAHR 2024

Die Veranstaltungen des ZEW bieten einem interessierten Publikum die Möglichkeit, sich über aktuelle wirtschaftspolitische Fragestellungen zu informieren und mit führenden Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft in den Austausch zu treten. Ob Vorträge renommierter Entscheidungsträger/innen oder die Diskussion neuer ZEW-Forschungsergebnisse – unsere Events liefern wertvolle Impulse und fördern einen lebendigen Dialog. Sie finden in Mannheim, Stuttgart, Brüssel und online statt.

JUBILÄUM

Andrea Nahles, Vorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, und das Who is Who der deutschen Wirtschaftswissenschaften gratulieren Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, ZEW-Präsident 1997 – 2013, zum 80. Geburtstag.



© ERICH DICHISER EDM

WIRTSCHAFTS- POLITIK AUS ERSTER HAND

E.On-CEO Dr. Leonhard Birnbaum referiert und debattiert mit ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, PhD in der ZEW-Veranstaltungsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand in Mannheim.



© ERICH DICHISER EDM

➤ FUNDIERT. AUFSCHLUSSREICH. INTENSIV.

➤ MEHR INFORMATIONEN ZU
ÖFFENTLICHKEITSWIRKSAMEN
VERANSTALTUNGEN

WWW.ZEW.DE/WS58



© PHILIPPE VELDEMAN PHOTOGRAPHER

ZEW LUNCH DEBATE

Dr. Dominik Rehse diskutiert in
Brüssel mit europäischen Experten/
-innen und dem Fachpublikum den
Artificial Intelligence Act der EU.



© PHILIPPE VELDEMAN PHOTOGRAPHER

POLITIK- BERATUNG

Claudia von Schuttenbach und
Prof. Dr. Friedrich Heinemann
übergeben eine ZEW-Studie im
Auftrag des Bundesministeriums
der Finanzen zur EU-Kohäsionspolitik
an Bundesfinanzminister Christian
Lindner in Brüssel.

STABWECHSEL

IN DER KAUFMÄNNISCHEN LEITUNG DES ZEW

ÜBER 30 JAHRE PRÄGTE THOMAS KOHL DAS ZEW
MIT KOMPETENZ, ENGAGEMENT UND ERFOLG, DAVON
24 JAHRE ALS KAUFMÄNNISCHER GESCHÄFTSFÜHRER.
IM MÄRZ 2024 TRAT CLAUDIA VON SCHUTTENBACH
DIE NACHFOLGE AN. NEUE KRAFT FÜR DAS ZEW.

Mit einem feierlichen Festakt würdigte das ZEW den jahrzehntelangen Einsatz von Thomas Kohl, der das Institut durch seine kaufmännische Expertise und strategische Weitsicht maßgeblich mitgestaltet hat. Unter seiner kaufmännischen Leitung wuchs das ZEW zu einer international anerkannten Forschungseinrichtung heran. Wegbegleiter/innen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft kamen zusammen, um ihm für seinen außergewöhnlichen Einsatz zu danken und Claudia von Schuttenbach am ZEW willkommen zu heißen.



Claudia von Schuttenbach übernimmt den Stab vom bisherigen Geschäftsführer des ZEW, Thomas Kohl.

➤ **NEUE KRAFT
FÜR DAS ZEW.**



Dr. Ralph Rheinboldt (Vorstandsvorsitzender ZEW-Förderkreis), Prof. Achim Wambach, PhD, Thomas Kohl, Claudia von Schuttenbach, Dr. Hans J. Reiter (ZEW-Aufsichtsratsvorsitzender) und Prof. Dr. Dr. h. c. Clemens Fuest (Präsident des ifo-Instituts und ehemaliger ZEW-Präsident (2013 – 2016)) (von links nach rechts).



Dr. Hans J. Reiter, Vorsitzender des Aufsichtsrats des ZEW, würdigt die Leistungen von Thomas Kohl.



Der ZEW-Chor sorgt bei dem anschließenden Get-together für die musikalische Begleitung.

ESSAY CLAUDIA VON SCHUTTENBACH

STABILITÄT, INNOVATION UND WEITBLICK – UNSERE ZUKUNFT AM ZEW

WISSENSCHAFTLICHE EXZELLENZ TROTZ ANGESPANNTER RAHMENBEDINGUNGEN

Unsere Forschenden liefern kontinuierlich fundierte Denkanstöße für Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – ein Wert, der gerade in unsicheren Zeiten eine besondere Bedeutung erhält.

Doch diese Exzellenz zu erhalten, erfordert Kraft: Neben den tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen haben uns steigende Personal- und Sachkosten bei nicht in gleichem Maße steigender institutioneller Förderung in den vergangenen Monaten vor schwierige Entscheidungen gestellt. Als neue kaufmännische Geschäftsführerin habe ich vor einem Jahr die Aufgabe angetreten, unser Institut, das gerade hervorragend evaluiert wurde, auch unter den finanziell herausfordernden Bedingungen, die sich seit einigen Jahren abzeichneten, weiterhin zukunftsicher aufzustellen.

Mit dem finanziellen Druck sind wir in der Wissenschaftswelt nicht alleine. Dennoch war und ist auch am ZEW ein Umdenken notwendig – nicht nur in den Serviceeinheiten, sondern auch in der Forschung selbst. Wir mussten Einsparungen umsetzen und uns dennoch die Fähigkeit erhalten, uns stetig weiterzuentwickeln. Gemeinsam konnten wir Wege finden, die zwar

Einschnitte erfordern, aber gleichzeitig Raum für neue Impulse und Innovationen schaffen. Besonders beeindruckt haben mich in diesem Prozess vor allem die hohe Transparenz, die konstruktiven Gespräche auf Augenhöhe über die Einheiten hinweg sowie der ausgeprägte Lösungswille auf allen Ebenen. Mit dem Ziel, das ZEW auch in Zukunft leistungsstark und stabil zu positionieren.

➤ INNEN STARK – NACH AUSSEN WIRKEN

Darum entwickeln wir uns am ZEW immer weiter. So bauen wir die Forschungsgruppe Gesundheit weiter aus und beschreiten neue Pfade im Wissenstransfer mit Formaten wie unseren Policy Initiatives, die wir auch in Zusammenarbeit mit dem Förderkreis des ZEW erfolgreich umsetzen. Diese sind wichtig, um zusätzliche Brücken zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft zu schlagen. Eine der wesentlichen Aufgaben meiner Funktion besteht im engen und konstruktiven Austausch mit unseren

Stakeholdern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft, um an der Schnittstelle zu einem gelungenen Transfer beizutragen, die wichtigen Impulse von außen wieder im Haus zu kommunizieren und mich für die Bedarfe unserer Institution einzusetzen.

Dieser Austausch ist an vielen Stellen erfolgreich. So ist es durch unseren Input gelungen, gesetzliche Rahmenbedingungen von Berufungen in Baden-Württemberg mitzugestalten. Auch können wir dank unseres starken Netzwerks weiterhin gemeinsam mit renommierten Universitäten Professuren besetzen und so unseren Forschenden attraktive Karrierewege ermöglichen oder vielversprechende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ans ZEW holen.

All diese Impulse können wir auch deshalb erfolgreich setzen, weil wir intern unseren Gestaltungsrahmen nutzen. Eine zentrale Schraube ist hierbei die Digitalisierung: Mit der Überarbeitung unserer Digitalisierungsstrategie, der digitalen Signatur und neuen Workflows konnten wir Arbeitsprozesse deutlich effizienter gestalten. Die zunehmende Server-Virtualisierung, die geplante Einführung von Microsoft 365 und der Fokus auf Cybersicherheit stellen uns gut für die Zukunft auf. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in Forschung und Service ist das nächste große Digitalisierungskapitel – hier haben wir uns bereits auf verschiedenen Ebenen auf den Weg gemacht.

Ebenfalls sehr bedeutend ist die Weiterentwicklung unserer baulichen Infrastruktur. Unser Gebäude mit seiner einladenden Architektur fungiert als Plattform für zahlreiche Konfe-

renzen, politische Gespräche, internationale Begegnungen und unsere öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen. Die kontinuierliche Instandhaltung und Weiterentwicklung unseres Hauses sichert nicht nur den Werterhalt, sondern ermöglicht auch den Ausbau unserer Funktion als bedeutender Standort der Wissenschaft und des Transfers.

Doch das ZEW lebt durch seine Mitarbeitenden. Hier haben wir im vergangenen Jahr erste Maßnahmen umgesetzt, um die strategische Personalentwicklung in Zukunft neu aufzustellen. Das Aufzeigen von Karrierewegen innerhalb und außerhalb der Wissenschaft für junge Talente, die enge Kooperation mit unserem Förderkreis und den Alumni, die Konzeption neuer Formate und Onboarding-Verfahren sowie die Erweiterung unseres nationalen und internationalen Netzwerks sind nur einige der Elemente, die wir ausbauen möchten.

➤ STARKE FORSCHUNG BRAUCHT STARKE RAHMENBEDINGUNGEN

Mein Wunsch an die Politik ist, die Bedürfnisse wissenschaftlicher Einrichtungen ernst zu nehmen. Knappe Ressourcen dürfen nicht auf Kosten von exzellenter Forschung und Wissenstransfer gehen.

Ich werde mich dafür einsetzen, die Voraussetzungen zu schaffen, das ZEW als leistungsfähigen und zukunftsorientierten Ort zu gestalten. Ich freue mich darauf.



MIT NEUER KRAFT IN DIE ZUKUNFT.

Claudia von Schuttenbach übernahm die kaufmännische Geschäftsführung des ZEW als erfahrene Wissenschaftsmanagerin. Als ehemalige Kanzlerin der Hochschule Mannheim verfügt sie über umfassende Expertise im Finanz- und Verwaltungsmanagement sowie in der strategischen Weiterentwicklung wissenschaftlicher Institutionen. Mit diesem Erfahrungsschatz setzt sie sich am ZEW dafür ein, das Institut in einem sich wandelnden Forschungsumfeld weiter zu stärken, Innovationen voranzutreiben und optimale Rahmenbedingungen für exzellente Wirtschaftsforschung zu schaffen. Durch ihre Führungskompetenz, ihre visionäre Stärke und ihr Engagement gibt sie dem ZEW Kraft, um auch in Zukunft national und international Maßstäbe zu setzen.



**CLAUDIA VON
SCHUTTENBACH**

» KAUFMÄNNISCHE
GESCHÄFTSFÜHRERIN

WWW.ZEW.DE/TEAM/CVS



INTERVIEW ZUM THEMA KRAFT.

Prof. Achim Wambach, PhD, ist seit April 2016 Präsident des ZEW und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Er initiierte den Aufbau des Forschungsbereichs „Marktdesign“ sowie der Forschungsgruppe „Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik“ am ZEW. Zudem begründete er das gemeinsame Doktorandenausbildungsprogramm mit der Universität Mannheim. Von 2014 bis Juni 2022 war er Mitglied der Monopolkommission, von 2016 bis September 2020 ihr Vorsitzender. Für die Amtsdauer 2017/2018 übernahm er den Vorsitz des Vereins für Socialpolitik. Er gehört außerdem dem Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz an, dessen Vorsitz er von 2012 – 2015 innehatte. 2024 wurde Achim Wambach in den Deutschen Ethikrat berufen.

**PROF. ACHIM
WAMBACH, PHD**

➤ ZEW-PRÄSIDENT

WWW.ZEW.DE/TEAM/AWH



INTERVIEW MIT
ZEW-PRÄSIDENT PROF. ACHIM WAMBACH, PHD

FÜNF ANTWORTEN ZUM THEMA **KRAFT**

Welche wirtschaftspolitischen Herausforderungen verlangen derzeit besonders viel „KRAFT“ von politischen und wirtschaftlichen Akteuren in Deutschland?

Die Ausgangslage ist schlecht, und das zeigt sich nicht nur in den Konjunkturbefragungen des ZEW. Deutschlands Wirtschaft stagniert, der geopolitische Druck wächst, der demographische Wandel macht sich immer mehr bemerkbar, und der Investitionsbedarf für die Energiewende ist enorm. Das ist schon eine außergewöhnliche Situation. Man ist, für politische Entscheidungen, an den Leitspruch des damaligen US-Präsidenten Bill Clinton erinnert: „It's the economy, stupid.“

Wie lässt sich „KRAFT“ mobilisieren, um zukunftsfähige Maßnahmen zu ergreifen, ohne das Wirtschaftswachstum zu gefährden?

Die Frage zeigt das Problem: Es geht nicht um Maßnahmen, die das Wirtschaftswachstum nicht gefährden, sondern um Maßnahmen, die das Wirtschaftswachstum ankurbeln. Deutschland muss sich wieder auf seine Stärken orientieren: Forschung und Entwicklung mit geziel-

ten Anreizen fördern, mit einem stärkeren Fokus auf disruptive Innovationen. Der Anstieg der Verteidigungsausgaben kann dabei auch eine Chance sein – viele Innovationen kommen aus dem Rüstungssektor. Auch die Standortbedingungen müssen verbessert werden: Hohe regulatorische Hürden, Fachkräftemangel, schleppende Digitalisierung und die Mängel an der physischen Infrastruktur beschränken die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Viele dieser Themen sind übrigens nur europäisch zu lösen – die KRAFT muss aus den Hauptstädten Europas kommen.

Wie können wissenschaftliche Erkenntnisse – wie die des ZEW – dazu beitragen, die „KRAFT“ politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen zu stärken und voranzutreiben?

Wir können Impulse geben und die Datenbasis für Entscheidungen liefern. Ein solcher Impuls etwa ist die Zukunftsquote, die wir eingebracht haben. Dabei wird gemessen, welcher Anteil der Haushaltsausgaben in besonderer Weise auf langfristige Politikziele verwendet werden. Unsere Datenanalysen wer-

den vielfältig genutzt, etwa zur Berechnung der notwendigen Fördermittel in der Energiekrise, oder für die Auswirkungen auf das Arbeitsangebot bei Reformen des Kinderzuschlags. Und im Anschluss evaluieren wir die Maßnahmen, aktuell etwa die Förderprogramme während der Coronakrise. Die Erkenntnisse daraus helfen bei zukünftigen Maßnahmen. Die Kanäle der Wissenschaftskommunikation sind dabei vielfältig: Gutachten, Veranstaltungen und über Mitgliedschaften in Gremien wie der Expertenkommission Forschung und Innovation, dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium, dem Deutschen Ethikrat oder dem Zukunftsrat des Kanzlers.

Wie wichtig ist die „KRAFT der Zusammenarbeit“ – auf nationaler und internationaler Ebene – für die Arbeit des ZEW?

Wirtschaftswissenschaftliche Forschung ist international. Als Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung denken und arbeiten wir stark Europäisch. Ich habe im letzten Jahr Partnerinstitutionen in Paris, Rom und Madrid besucht und fand sehr interessant, wie die Kollegen/innen nach Deutschland schauen und im Detail nachvollziehen, was hier geschieht. Es täte der Diskussion in Deutschland sicher auch gut, mehr auf die Nachbarländer in der EU zu schauen. Von denen können wir noch einiges lernen.

➤ ES LOHNT SICH, ENERGIE IN DEN TRANSFER ZU STECKEN.

Welche „KRAFTquellen“ nutzt du persönlich, um als Präsident des ZEW inmitten dieser herausfordernden Zeiten die richtige Richtung vorzugeben – neue Impulse für Forschung und Politik zu setzen?

Es ist ein Privileg, an einem Institut zu arbeiten, in dem immer wieder neue junge Wissenschaftler/innen dazu kommen – mit neuen Ideen, neuen Forschungsmethoden, neuen Ansichten. Darüber hinaus hilft die gute Atmosphäre im ganzen Haus: Es gibt Kraft, wenn man sich freut, zur Arbeit gehen zu können. Wichtig sind auch die vielen Gespräche auf der politischen Ebene, sei es in Stuttgart, Berlin oder Brüssel. Man lernt dabei nicht nur, wo die Probleme liegen, sondern auch, dass wirtschaftswissenschaftliche Unterstützung dort meist willkommen ist. Es lohnt sich also, Energie nicht nur in die Forschung, sondern auch in den Transfer zu stecken.

**MEIN PERSÖNLICHER KRAFT-TIPP:
AUCH WENN ES HART KOMMT,
ETWAS RHEINISCHE GELASSENHEIT
HILFT MEIST WEITER.**



➔ KRAFT FÜR EINEN ZUKUNFTSFÄHIGEN ARBEITSMARKT

Wissenschaft entfaltet Kraft, wenn sie gesellschaftliche Herausforderungen durchdringt und Lösungen aufzeigt. Am ZEW untersuchen wir die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts – und welche politischen Weichenstellungen seine Zukunftsfähigkeit sichern. Der Arbeitsmarkt steht unter Spannung: Alterung der Bevölkerung, Fachkräftemangel und Strukturwandel erfordern gezielte Strategien. Gleichzeitig verändert Technik die Qualifikationsanforderungen. Unsere Forschung zeigt: Institutionelle Reformen müssen Bildung und Arbeit besser verknüpfen. Eine engere Zusammenarbeit von Schulen, Arbeitsmarktakeuren und Unternehmen erleichtert den Berufseinstieg und stärkt die Wirtschaft. Soziale Durchlässigkeit entscheidet über die Innovationskraft von morgen. Unser Forschungsschwerpunkt „Bildung und soziale Mobilität“ am ZEW zeigt, wie Bildung sozialen Aufstieg ermöglicht. Der Abbau von Bildungsbarrieren stärkt Wachstum, Innovation – und schafft Perspektiven für benachteiligte Gruppen. Mit unserer evidenzbasierten Forschung setzen wir so Impulse für einen starken, widerstandsfähigen Arbeitsmarkt.

**SARAH MCNAMARA &
JÉRÉMY HERVELIN, PHD**

» WISSENSCHAFTLER IM
ZEW-FORSCHUNGSBEREICH
ARBEITSMÄRKTE UND
SOZIALVERSICHERUNGEN



➤ KRAFT DER WISSENSCHAFTS- KOMMUNIKATION

Die Kraft der Wissenschaftskommunikation liegt in der Fähigkeit, komplexe Themen verständlich und wirkungsvoll zu vermitteln. Als Pressereferenten am ZEW wissen wir: Wissenschaft hat dann Wirkung, wenn sie richtig kommuniziert wird. Unsere Aufgabe ist es, Forschung spannend und zugänglich zu präsentieren – für Experten/-innen und die breite Öffentlichkeit gleichermaßen.

Sprache ist hierbei unser stärkstes Werkzeug. Sie hilft uns, die Ergebnisse unserer Arbeit präzise zu vermitteln und die Relevanz unserer Forschung klar herauszustellen. Nur wenn wir verständlich kommunizieren, wird der Inhalt richtig verstanden – ob in einer unserer Pressemitteilungen, einem Interview oder einer wissenschaftlichen Publikation. So wird Kommunikation zu einer Kraft, die nicht nur informiert, sondern auch das Interesse weckt und Vertrauen schafft. Mit durchdachter Wortwahl und klar strukturierten Texten stellen wir sicher, dass die Botschaften des ZEW gehört und verstanden werden. So tragen wir dazu bei, die wissenschaftlichen Erkenntnisse nachhaltig in der Gesellschaft zu verankern und ihre Bedeutung langfristig zu stärken.

**PASCAL AUSÄDERER,
FABIAN OPPEL &
BASTIAN THÜNE**

»PRESSEREFERENTEN



➤ **VON DER KRAFT, MOBILITÄTS- VERHALTEN ZU VERÄNDERN**

Am ZEW forschen wir an der Schnittstelle zwischen Verkehrs- und Umweltökonomik, um Lösungen für eine klimafreundliche Zukunft zu entwickeln. Der Verkehrssektor ist ein zentraler Hebel für den Klimaschutz – mit einem Anteil von rund 22 Prozent an den deutschen Treibhausgasemissionen ist seine Dekarbonisierung unabdingbar. Unsere Forschung zeigt, wie ökonomische Anreize das Mobilitätsverhalten beeinflussen und welche Maßnahmen zu einer (emissionsärmeren) Verkehrswende beitragen. Ein Beispiel ist unsere Studie zur Preissensitivität von Plug-in-Hybridfahrzeugen. Wir zeigen, dass ein höherer Kraftstoffpreis dazu führt, dass diese Fahrzeuge häufiger elektrisch laufen. Preissignale können also eine ökologisch effizientere Nutzung von Plug-In-Hybriden einleiten. Doch nicht nur das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher ist entscheidend: Auch die Industrie steht vor weitreichenden Veränderungen. Unsere Analysen zur Nachhaltigkeit im Luftverkehr und zu Flugtaxi legen dar, wie Innovationen und Regulierungen Emissionen im Luftfahrtsektor senken können. Unsere Forschung liefert die wissenschaftliche Basis für effektive Politikmaßnahmen. Sie ermöglicht es Haushalten, Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern/-innen, fundierte Entscheidungen zu treffen und aktiv zur Mobilitätswende beizutragen. So wird Wissenschaft zur treibenden Kraft für eine nachhaltige Zukunft.

**DR. ANNA STRAUBINGER &
EUNSEONG PARK**

» WISSENSCHAFTLER IM
ZEW-FORSCHUNGSBEREICH
UMWELT- UND
KLIMAÖKONOMIK



➤ KRAFT DER *FINANZEN FÜR* EXZELLENT FORSCHUNG

In der Kosten- und Leistungsrechnung am ZEW legen wir mit präziser Budgetplanung, effizienter Mittelverwendung und fundierten Analysen die finanzielle Basis für wegweisende Forschung. Wissenschaft braucht eine stabile finanzielle Grundlage. Durch strategische Planung und eine vorausschauende Mittelallokation stellen wir sicher, dass Forschungsvorhaben optimal gefördert werden – von der ersten Idee bis zur Umsetzung. Unsere Arbeit geht über Zahlen hinaus: Sie schafft Handlungsspielräume, stärkt die finanzielle Widerstandsfähigkeit des ZEW und sichert langfristige Forschungsqualität. Durch die Verbindung von Transparenz und Wirtschaftlichkeit tragen wir maßgeblich dazu bei, exzellente Wissenschaft und Politikberatung am ZEW zu ermöglichen. So haben wir im Jahr 2024 beispielsweise sogenannte „KPI-basierte Rolling Forecasts“ eingeführt, um die Finanzplanung flexibler und datenbasiert anzupassen. Unsere Prognosen werden jetzt dynamisch aktualisiert, sodass Mittel gezielter eingesetzt und Forschungsaktivitäten effizienter gesteuert werden. Ein weiteres Projekt, das wir erfolgreich umsetzen konnten, ist die Einführung dynamischer Globalbudgets. Dabei handelt es sich um ein Verfahren der Mittelbereitstellung, bei dem nur ein pauschaler Betrag bewilligt wird. So können Mittel innerhalb unserer Forschungseinheiten effizient und bedarfsgerecht umverteilt werden.

**QIHUA YU &
DANIEL SCHEUERMANN**

» SERVICEBEREICH
ZENTRALE
DIENSTLEISTUNGEN



➤ **FINANZ &
WIRTSCHAFTS
KRAFT**

➤ **ARBEITS
KRAFT**

➤ **ZUKUNFTS
KRAFT**

DOSSIER

KRAFT

The background is a solid orange color with a subtle pattern of overlapping, semi-transparent geometric shapes in various shades of orange, creating a layered, architectural effect.

FINANZ & WIRTSCHAFTS *KRAFT*

GASTBEITRAG VON PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN
UND PROF. ACHIM WAMBACH, PHD

GLAUBWÜRDIGE **FISKALREGELN** WERDEN ZUNEHMEND WICHTIG

Europäische und nationale Schuldenregeln haben im aktuellen Diskurs einen schweren Stand. Angesichts der Herausforderungen durch den Klimawandel, die Demografie und die Verteidigung erscheint es kaum noch vermittelbar, warum sich die Politik selbst Fesseln anlegt. Wieso also sprengen wir nicht endlich die Ketten von Schuldenbremse und europäischem Stabilitätspakt, um schuldenfinanziert die Zukunft zu gestalten? So plausibel diese Denkweise der Fiskalregelkritiker erscheint, so wenig kann sie letztlich überzeugen. Denn sie beruht auf der grundlegenden Fehleinschätzung, dass eine Schuldengrenze eine künstliche Grenze setzt, wo es ansonsten keine Grenze gäbe. Das aber ist falsch, denn kein Land hat einen unbegrenzten Verschuldungsspielraum. Eine wesentliche Aufgabe einer Schuldenregel ist es, ein Land nicht zu eng

an die maximal finanzierbare Schuldenobergrenze rücken zu lassen, weil es dann jeglichen Handlungsspielraum verlieren oder in eine extrem kostspielige Schuldenkrise gearten würde.

Der maximale Verschuldungsspielraum wird maßgeblich durch das Verhältnis von dem in Zukunft erzielbaren realen Wachstum („ g “) und dem langfristigen Realzins („ r “) bestimmt. g ist von Bedeutung, weil es Auskunft gibt, wie sich die Fähigkeit zur Erhebung von Steuern entwickelt. r ist maßgeblich, weil er die Zinslast der Staatsverschuldung bestimmt. Hier lassen sich zwei Regime unterscheiden. Wenn der Zins unter der Wachstumsrate liegt („ r kleiner g “), dann kann ein Land die Zeit für sich arbeiten lassen und aus jeder noch so hohen Schuldenquote herauswachsen. Das Wachstum der Wirtschaftsleistung und der Steuereinnah-





ZEW-PRÄSIDENT

PROF. ACHIM WAMBACH, PHD

men entlastet den Staat in dieser Konstellation stärker, als ihn die Verzinsung der Altschuld belastet. In diesem Fall ist es sogar möglich, dauerhaft ein hohes Defizit zu haben, ohne dass der Schuldenstand im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung davonläuft. Ganz anders stellt sich die Lage dar, wenn der Zins über der Wachstumsrate liegt („**r größer g**“). Dann gibt es keinen dauerhaften Defizitspielraum, wenn die Verschuldung nicht außer Kontrolle geraten soll. Denn der Altschuldenstand mit seinen Zinsbelastun-

➤ **DIESER BEITRAG
ERSCHIEN IN
DER FRANKFURTER
ALLGEMEINEN
ZEITUNG**

➤ **KEIN LAND HAT EINEN UNBEGRENZTEN VERSCHULDUNGS- SPIELRAUM**

gen würde im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung permanent wachsen, wenn die Haushaltspolitik nicht ständig im laufenden Haushalt Überschüsse erwirtschaftete.

Diese Fallunterscheidung ist für die heutige Diskussion zur Schuldenbremse und zum EU-Stabilitätspakt hochgradig relevant. Die letzten Vor-Corona-Jahre waren für Deutschland und die meisten EU-Staaten eine Zeit, in der der Zins weit unter der Wachstumsrate lag. Diese fiskalisch günstigen Zeiten sind heute vorbei, und vieles spricht dafür, dass sie auch in den kommenden Jahrzehnten nicht zurückkehren werden. Die Renditen (**r**) von Euro-Staatsanleihen sind nicht nur nominal, sondern auch real angestiegen, wenn man realistische Inflationserwar-



➤ DEFIZITE SOLLTEN NUR FÜR AUSGABEN, DIE DAS WACHSTUMSPOTENZIAL STÄRKEN, ZULÄSSIG SEIN

tungen zugrunde legt. Gleichzeitig fallen die Aussichten zum Potenzialwachstum (**g**). Demografie, aber auch die Transformation und ein Verlust europäischer Wettbewerbsfähigkeit lassen die Wachstumschancen in Deutschland und anderen EU-Ökonomien weiter fallen. So verwundert es nicht, dass der MIT-Makroökonom Olivier Blanchard kürzlich zurückruderte. 2019 hatte er noch in einem viel beachteten Vortrag mit dem Argument, dass **r kleiner als g** sei, auf die ungenutzten Spielräume in der Staatsverschuldung hingewiesen. Jetzt warnte er vor einer explodierenden Verschuldung in den USA und Europa. Der Wind habe sich gedreht, und **r** sei mittlerweile gleich oder größer als **g**. All das bedeutet, dass sich der an den Märkten gegebene Verschuldungsspielraum zunehmend verringert. Für die hoch verschuldeten Länder in Europa dürfte ohne externe Garantien der EU oder der EZB schon heute kaum mehr ein nennenswerter „Fiscal Space“ bestehen. Dies war in der Pandemie bereits deutlich sichtbar, als große Krisenprogramme in Italien oder Spanien rein national nicht finanzierbar waren, sondern die groß angelegte EU-Finanzoperation des gemeinschaftlich garantierten Corona-Wiederaufbauplans notwendig wurde.



LEITUNG DES ZEW-FORSCHUNGSBEREICHES
„UNTERNEHMENSBESTEUERUNG
UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT“

PROF. DR. FRIEDRICH HEINEMANN

Die zunehmende Einengung des verbleibenden Verschuldungsspielraums hat für die Debatte über die Reform von nationalen und europäischen Fiskalregeln mindestens **VIER KONSEQUENZEN.**



➤ DIE VIER KONSEQUENZEN

1.

werden glaubwürdige Fiskalregeln zur Vertrauensbildung heute zunehmend wichtig. Sie signalisieren den Kapitalmärkten, dass es in Zukunft trotz der bereits heute gefährlich hohen Verschuldung nicht zu Verschuldungskrisen kommt. Eine Aufweichung von Regeln würde dagegen destabilisierend wirken und die Gefahr von neuen Schuldenkrisen weiter erhöhen.

2.

kommt es in allen Reformen von Schuldenregeln darauf an, das Wachstumspotenzial zu stärken, um „**r minus g**“ wieder zu verringern. Defizite sollten daher nur für solche Ausgaben zulässig sein, die das Wachstumspotenzial erhöhen. Diese Bedingung wird aber für viele dringende europäische Aufgaben von Verteidigung über soziale Konvergenz bis hin zur Finanzierung globaler öffentlicher Güter im Bereich Entwicklung oder Klima nicht erfüllt. All diese Ausgaben mögen politisch geboten sein, sie erhöhen aber kaum das nationale Potenzial für Wachstum und können deshalb nicht schuldenfinanziert werden, ohne eine problematische Entwicklung der Staatsverschuldung in Gang zu setzen.

3.

sind effektive Fiskalregeln für die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik unverzichtbar. Geriete der Schuldenstand in der Eurozone durch eine Schwächung der Regeln weiter außer Kontrolle, dann würde der Druck auf die EZB noch stärker wachsen, Zinsen und Zinsunterschiede zwischen den Euroländern durch eine entsprechend lockere Geldpolitik zu begrenzen und letztlich eine inflationäre „Lösung“ des Schuldenproblems einzuleiten.

4.

sind weiterhin wirksame Fiskalregeln nicht nur in den Hochschuldenstaaten unverzichtbar. Auch für das vergleichsweise niedrig verschuldete Deutschland bleiben sie gerade aus europäischer Warte essenziell. Denn die fiskalische Stabilität Deutschlands ist kritisch für die Funktionsfähigkeit europäischer Finanzierungsinstrumente wie Next Generation EU. Ohne den Garanten Deutschland würden diese Instrumente nicht mehr finanzierbar sein. Ein schwindender Verschuldungsspielraum in Deutschland würde somit die europäische Finanzstabilität gefährden, die spätestens seit der Pandemie stark von der Glaubwürdigkeit europäischer Kreditinstrumente abhängt.



ZEW-STUDIE VON DR. CHRISTIAN RAMMER

MEHR KRAFT DURCH STEUERLICHE FÖRDERUNG

Die Forschungszulage hat sich seit 2020 zu einem zentralen Instrument der Forschungsförderung im deutschen Maschinen- und Anlagenbau entwickelt. Ein wachsender Anteil der Unternehmen nutzt die Forschungszulage.

Laut einer Studie des ZEW und des VDMA (Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V.) schätzen Unternehmen an der Forschungszulage Folgendes: verbesserte Finanzierungsmöglichkeiten, erleichterter Zugang zur staatlichen Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) und die Flexibilität bei der Mittelverwendung. Aber es gibt Verbesserungsbedarf bei den administrativen Verfahren.

Die Nutzung der Forschungszulage wächst stark: Bis Anfang 2024 haben rund 1.600 Unternehmen über 4.500 Vorhaben eingereicht. Dies sind 17,0 Prozent aller eingereichten Vorhaben in Deutschland, womit der Maschinen- und Anlagenbau an der Spitze aller Branchen steht. Allein im Jahr 2023 hat sich die Anzahl der Nutzer um fast 60 Prozent erhöht. Damit haben inzwischen etwa 40 Prozent aller grundsätzlich in Frage kommenden Unternehmen der Branche bereits einen Antrag zur Forschungszulage gestellt. Die Bewilligungsquote liegt bei etwa 90 Prozent, was eine hohe Planbarkeit bietet. Bis Ende Januar 2024 wurden 130 Millionen Euro Fördervolumen bewilligt. Allerdings gibt es häufig Nachfragen durch Finanzämter, was die Bürokratiebelastung erhöht. Das Wachstumschancengesetz vom März 2024 soll die Wirkung der Forschungszulage weiter stärken. Geplant ist eine Anhebung der förderfähigen Obergrenze von 4 auf 10 Millionen Euro jährlich. Das Fördervolumen könnte so potenziell um 60 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro steigen. Damit einher ginge auch eine Unterstützung größerer Mittelständler. Die Ausweitung der Forschungszulage wird als wichtiger Schritt für mehr Innovationen und ein kraftvolles Wachstum gesehen.



STUDIE

„Nutzung der Forschungszulage im Maschinen- und Anlagenbau: Ergebnisse und Auswirkungen“

www.zew.de/PU85992



FORSCHUNGSZULAGE WIRD IM
MASCHINEN- UND ANLAGENBAU
ZUR ERFOLGSGESCHICHTE

EINREICHUNGEN 2021 BIS 2024:

- 1.600 UNTERNEHMEN
- 4.500 VORHABEN
- = 17% ALLER EINGEREICHTEN VORHABEN IN DEUTSCHLAND



MANNHEIM TAX INDEX DES ZEW-FORSCHUNGSBEREICHS
„UNTERNEHMENSBESTEUERUNG UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT“

MEHR KRAFT FÜR DEUTSCHLAND DURCH STEUERREFORM

Der Mannheim Tax Index des ZEW zeigt, dass Deutschland im internationalen Steuerwettbewerb weiterhin ein Hochsteuerland ist. In Deutschland liegt die effektive Durchschnittssteuerbelastung für Unternehmen bei 28,5 bis fast 10 Prozentpunkte über dem EU-Durchschnitt. Im internationalen Vergleich ist für Unternehmen kaum attraktiv, hier zu investieren. Reform tut not. Dies wird besonders im Vergleich mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich deutlich.

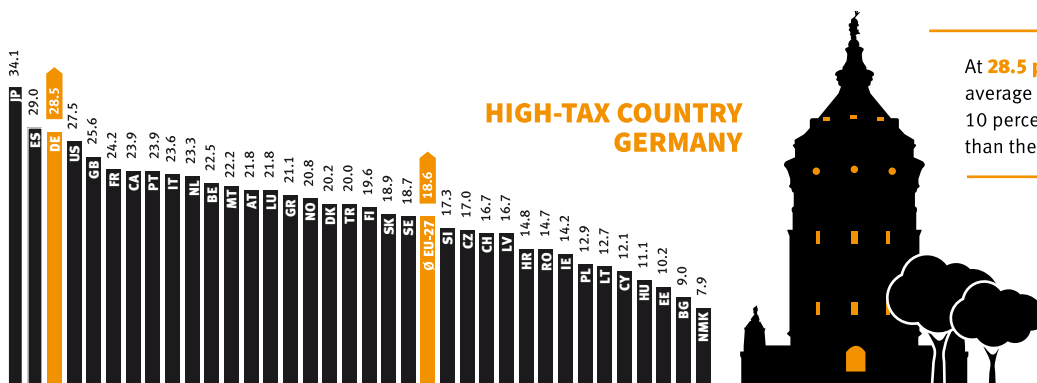
Aktuell diskutierte Maßnahmen zur Verbesserung der steuerlichen Standortattraktivität sind unter anderem großzügigere Abschreibungsregelungen für bewegliche Wirtschaftsgüter (z. B. Maschinen, Fuhrpark), die Abschaffung des Solidaritätszuschlags sowie eine Absenkung der Gewinnsteuern für Unternehmen auf 25 Prozent. Durch eine Sofortabschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter, welche unmittelbar investitionsfördernd wirkt, würde Deutschland im internationalen Ranking des Mannheim Tax Index mit dem wichtigen Wirtschaftspartner USA gleichziehen.

Die Einführung einer degressiven Abschreibung und die Abschaffung des Solidaritätszuschlags würden die effektive Steuerbelastung der Unternehmen nur geringfügig um 0,2 bzw. 0,7 Prozentpunkte reduzieren. Eine Senkung der Unternehmenssteuern auf 25 Prozent hätte die stärkste Signalwirkung, da sich Deutschland mit einer Effektivsteuerbelastung von 23,5 Prozent im Mittelfeld westeuropäischer Investitionsstandorte positionieren würde. Allerdings ist hier das Risiko von Mitnahmeeffekten hoch. Insgesamt ist eine deutliche Verbesserung der steuerlichen Standortattraktivität ohne erhebliche kurzfristige Steuermindereinnahmen nicht möglich.



MANNHEIM TAX
INDEX

[www.zew.de/
mannheim-tax-index](http://www.zew.de/mannheim-tax-index)



At **28.5 per cent**, the average tax burden is almost 10 percentage points higher than the EU average

ZEW-STUDIE VON PROF. DR. TABEA BUCHER-KOENEN,
PROF. DR. ROB ALESSIE, ANNAMARIA LUSARDI UND MAARTEN VAN ROOIJ

KRAFT DURCH *SELBSTVERTRAUEN* AUF DEM FINANZMARKT

Frauen schneiden weltweit schlechter bei finanzieller Bildung ab als Männer.
Doch ein Teil der Geschlechterunterschiede in Sachen Finanzbildung lässt sich auf
mangelndes Selbstvertrauen zurückführen – und nicht allein auf fehlendes Wissen.

Das ist das Ergebnis einer ZEW-Studie: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler entwickelten ein Modell zur Messung von „wahrer“ finanzieller Bildung basierend auf Daten einer niederländischen Haushaltsumfrage. Aus der Analyse geht hervor, dass etwa 30 Prozent des Geschlechterunterschieds auf geringeres Selbstbewusstsein zurückzuführen sind. Frauen antworten bei finanziellen Fragen häufiger mit „weiß nicht“, obwohl sie oft die richtige Antwort kennen. Die Forscher/innen führten zwei Umfragemodule durch, um zu untersuchen, inwiefern das Selbstvertrauen die Antworten beeinflusst. Im ersten Modul hatten die Befragten die Möglichkeit, „weiß nicht“ auszuwählen. Im zweiten Modul wurde diese Antwort nicht angeboten, und die Teilnehmer/innen mussten daher eine Antwortmöglichkeit auswählen. Die Ergebnisse zeigen, dass viele Frauen in der Lage waren, die richtigen Antworten zu geben, wenn sie gezwungen waren, eine Auswahl zu treffen. Sie wählten mit hoher Wahrscheinlichkeit die richtige Antwort aus.

Darüber hinaus geht die Studie der Frage nach, wie sich Finanzbildung und Selbstvertrauen auf Finanzentscheidungen, insbesondere die Teilnahme am Aktienmarkt, auswirken. Frauen, die sowohl über Finanzwissen als auch über Selbstvertrauen verfügen, partizipieren häufiger am Aktienmarkt und planen eher für die Altersvorsorge. Das zeigt, dass es auf die Kombination von beidem ankommt, um bewusste finanzielle Entscheidungen zu treffen.



STUDIE

„Fearless Woman:
Financial Literacy
and Stock Market
Participation”

www.zew.de/PU82387



CA. 30 PROZENT

Geschlechterunterschied
in der Finanzbildung beruht auf
geringem Vertrauen von
Frauen in ihr Finanzwissen.



The background is a solid orange color with a large, faint, abstract geometric shape in a lighter shade of orange. The shape is composed of several overlapping rectangular and trapezoidal blocks, creating a sense of depth and architectural structure. It is positioned on the right side of the frame, extending from the top towards the bottom.

**ARBEITS
*KRAFT***

STUDIE VON PROF. DR. ANDREAS PEICHL, PROF. DR. HOLGER BONIN
UND PROF. DR. HOLGER STICHNOTH

MEHR KRAFT FÜR DEN **ARBEITSMARKT**

Weniger Kürzungen bei Sozialleistungen für Bürgergeldempfänger/innen, die mehr arbeiten wollen, würde deren Beteiligung am Arbeitsmarkt erhöhen. Das ist das Ergebnis eines Reformvorschlags, den das ifo Institut und das ZEW Mannheim entwickelt haben.

Der Vorschlag zielt auf Alleinerziehende und Alleinstehende ohne Kinder sowie Paare mit drei und mehr Kindern, weil hier die Beschäftigungseffekte entstehen. Bislang werden Sozialleistungen wie das Wohngeld bei Einkommen über 520 Euro monatlich bis 1000 Euro um 80 bis 100 Prozent gekürzt. Damit sich Mehrarbeit lohnt – weil vom Zuverdienst netto mehr übrigbleibt – sieht die Reform vor, die Sozialleistungen in Zukunft bis zu einer Verdienstgrenze von 2.000 Euro nur zu 70 Prozent zu kürzen. Bei Einkommen über 2.000 Euro monatlich sollen statt bisher 100 Prozent der Sozialleistungen nur noch 65 Prozent gekürzt werden. Dies würde 136.000 Personen bzw. 145.000 Vollzeitstellen zusätzlich in Arbeit bringen und den Staatshaushalt um 1,1 Milliarden Euro entlasten. Auch könnte sich die Reform damit selbst finanzieren.

Eine zusätzliche Senkung der Anrechnungsrate bei der Kindergrundsicherung könnte die Erwerbstätigkeit um 157.000 Personen bzw. 165.000 Vollzeitstellen steigern. Die Reform ist selbstfinanzierend, auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung ausgelegt und würde durch eine einheitliche Grundsicherung weiter vereinfacht und verstärkt.



STUDIE

„Zur Reform der Transferentzugsraten und Verbesserung der Erwerbsanreize“

<https://bmas.de/DE/Service/Publikationen/Forschungsberichte/fb-629-erwerbstaetigen-freibetraege>



MEHR NETTO VOM BRUTTO ERHÖHT BESCHÄFTIGUNG

+136.000 ODER **+145.000**
Personen Vollzeitstellen



Ca.
+1,1 MRD. EURO
STAATSHAUSHALT



ZEW POLICY BRIEF VON PD DR. FRIEDHELM PFEIFFER
UND DR. JESSICA ORDEMANN

MEHR KRAFT FÜR DIE *LEHRE*

Je höher der Bildungsabschluss, desto höher die Löhne. Diese Aussage gilt auch heute noch, obwohl die mittleren Lohnabstände zwischen Studien- und Lehr-Abschlüssen seit einiger Zeit geringer werden. Dadurch werden Lehrberufe wieder attraktiver.

Das ZEW führte in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW) eine Studie über die Auswirkungen der Hochschulexpansion, also das Steigen der Studienanfängerquote, durch. Die Forschenden legen dar, wie sich die Lohnabstände von Personen mit Studium im Vergleich zu denen mit einer Ausbildung von 1996 bis 2021 entwickelt haben, getrennt für Frauen und Männer.

Seit 2015 hat die Anzahl der Hochschulabsolventen und -absolventinnen nur geringfügig zugenommen. Gleichzeitig verringerte sich der Lohnabstand zu Personen mit Lehr-Abschlüssen und ist bei den Frauen bereits wieder auf dem Niveau von Mitte der 90er Jahre angekommen. Diese Entwicklung schwächt den Anreiz für eine weitere Expansion der Hochschulbildung, auch wenn ein Studium weiterhin eine gute Bildungsrendite verspricht. Gleichzeitig wird die Berufsausbildung attraktiver, da Unternehmen höhere Löhne zahlen, um Fachkräfte zu gewinnen. Politik und Wirtschaft sind gefordert, durch gezielte Investitionen den Einstieg in ein nachhaltiges Erwerbsleben zu unterstützen.

Der sinkende Lohnabstand resultiert aus mehreren Faktoren: aus der Akademisierung von Personen mit geringerer Motivation für ein Studium, den positiven Effekten des seit 2015 geltenden Mindestlohns auf mittlere und untere Einkommensgruppen, der wachsenden Beliebtheit von Studiengängen mit geringerem Lohnniveau wie Geistes- und Sozialwissenschaften sowie den Einsparungen durch Homeoffice, die zwischen Beschäftigten und Unternehmen geteilt wurden.



ZEW POLICY BRIEF

„Die Akademisierung und die Evolution der Lohnstruktur nach Bildungsabschlüssen“

www.zew.de/PU85997



1996 – 2021

SEIT 2015

stieg die Anzahl der Hochschulabsolventen/-innen nur noch geringfügig

MITTLERE LOHN-
ABSTÄNDE ZWISCHEN
STUDIEN- UND LEHR-
ABSCHLÜSSEN WERDEN
GERINGER.



ZEW POLICY BRIEF VON DR. BASTIAN KRIEGER

KRAFT DURCH INTERNATIONALES WISSEN

Der Wert importierter Wissensdienstleistungen nach Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt und lag 2022 bei über 46 Milliarden US-Dollar. Deutschland zählt damit zu den weltweit größten Wissensimporteuren. Besonders große Unternehmen profitieren davon, während KMU das Potenzial noch kaum ausschöpfen.

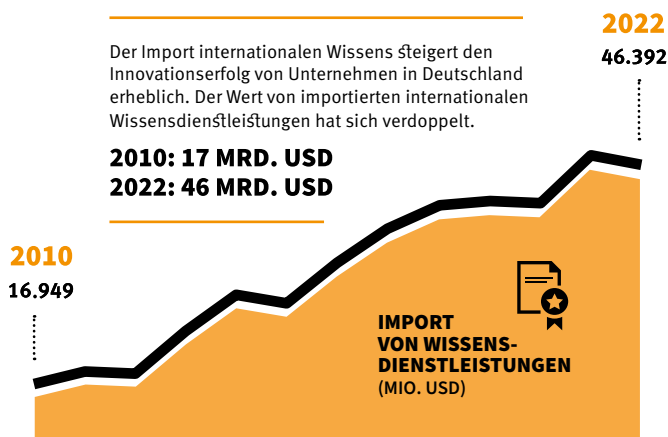
Dabei steigert der Zugang zu internationalem Wissen die Innovationswahrscheinlichkeit erheblich – auf 68 Prozent gegenüber 33 Prozent bei nicht-importierenden Unternehmen. Die EU gewinnt als Herkunftsregion für Wissensimporte zunehmend an Bedeutung: Ihr Anteil stieg von 35 Prozent im Jahr 2010 auf 44 Prozent im Jahr 2019. Diese Entwicklung entspricht der Empfehlung des BMBF, sich in der internationalen Zusammenarbeit auf verlässliche Partner zu konzentrieren, um technologische Souveränität und Resilienz zu stärken. Angesichts zunehmendem Protektionismus sollte die deutsche Wirtschaftspolitik darauf abzielen, Handelsbarrieren im EU-Binnenmarkt weiter abzubauen. Vor allem KMU könnten stärker vom Wissensimport profitieren, indem sie externe Technologien und Patente nutzen, um effizientere Prozesse und innovativere Produkte zu entwickeln. Dies würde nicht nur ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken, sondern auch der gesamten deutschen Wirtschaft zusätzliche Innovationsgewinne bringen.



STUDIE

„Internationales Wissen macht Unternehmen innovativer“

www.zew.de/PM9172



68-PROZENTIGE

Wahrscheinlichkeit für innovative Produktentwicklung

**ZUKUNFTS
*KRAFT***

ZEW-STUDIE VON DR. CHRISTIAN RAMMER

KRAFT DURCH INNOVATIONEN

Die Chemische Industrie in Deutschland ist einer der zentralen Lieferanten von Innovationen für die gesamte deutsche Wirtschaft – so eine ZEW-Analyse. Die Branche versorgt beispielsweise die Nahrungsmittel-, Pharma-, Halbleiter- und Umwelttechnikindustrie.

Außerdem zahlen die Patente, die aus der chemischen Forschung stammen, in außerordentlichem Maße auf die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ein.

Die Chemieindustrie investierte im Jahr 2022 rund 5,5 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung (FuE). Das macht sie mit großem Abstand zum forschungsstärksten Wirtschaftszweig innerhalb der deutschen Materialtechnologie-Branchen. Die Chemie stellt allein rund 60 Prozent der gesamten FuE-Ausgaben von insgesamt 9,4 Milliarden Euro in diesem Bereich. Die deutsche Chemieindustrie ist ein starker Partner für chemiebasierte Innovationen und bietet mit ihren umfangreichen FuE-Ergebnissen einen wertvollen Technologie-Pool für Kundenbranchen wie Automobilbau, Elektroindustrie und Gesundheitswirtschaft. Von einer forschungsstarken heimischen Chemieindustrie, die an den weltweiten Entwicklungen im Bereich der Materialtechnologien partizipiert, profitiert die gesamte deutsche Wirtschaft. Nicht nur für die nachgelagerten Branchen sind die Innovationen aus der Chemischen Industrie grundlegend. Ihre Patente zahlen auch auf viele Sustainable Development Goals (SDG) ein, die sich die Vereinten Nationen 2015 gesetzt haben. Der hohe Anteil der Chemie-Patente an allen Patentanmeldungen zu einem SDG-Ziel verdeutlicht den Beitrag der Chemie zur Entwicklung von technologischen Lösungen. Er zeigt, wie relevant die Chemie für Fortschritte im jeweiligen Zielbereich ist. Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass die gesellschaftlichen Herausforderungen, die hinter den SDG-Zielen stehen, nicht nur über neue Technologien angegangen werden können. Gleichwohl stellen technologische Lösungen einen zentralen Baustein für die Erreichung der SDG-Ziele dar.



STUDIE

„Die Bedeutung der Chemieindustrie im deutschen Innovationssystem“

[ftp.zew.de/pub/
zew-docs/gutachten/
InnoIndi-Chemie2024-
Schwerpunkt.pdf](ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/InnoIndi-Chemie2024-Schwerpunkt.pdf)



DEUTSCHE CHEMIEINDUSTRIE
WICHTIGER INNOVATIONSTREIBER
FÜR DIE GESAMTE WIRTSCHAFT

INVESTITIONEN IN FuE 2022
≈ 5,5 MRD. EURO = 60 PROZENT
DER GESAMTEN FuE-AUSGABEN

FuE-AUSGABEN IN
MATERIALTECHNOLOGIE-
BRANCHEN

≈ 9,4 MRD. EURO (= 100%)



ZEW-STUDIE VON PROF. DR. IRENE BERTSCHEK, DR. THOMAS NIEBEL,
DR. CHRISTIAN RAMMER, ROBIN SACK UND DR. BETTINA SCHUCK

KRAFTVOLLE IKT-BRANCHE

Die Informations- und Kommunikationstechnologie-Branche (IKT) floriert. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt auf einen neuen Höchststand, die Gründungsrate und die Innovatorenquote sind führend im Branchenvergleich und der nominale Umsatz ist so hoch wie nie zuvor. Durch ihre dynamische Entwicklung trägt die IKT-Branche überdurchschnittlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum und zur Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland bei.

In einer Studie zeigen ZEW-Wissenschaftler/innen, dass der Gesamtumsatz der Branche 2022 im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent steigt und damit auf einen neuen Höchststand von knapp 315 Milliarden Euro erreicht hat, nachdem er sich im Vorjahr bereits teilweise von seinem pandemiebedingten Rückgang im Jahr 2020 erholen konnte. Allerdings trieb die allgemein hohe Inflation 2022 auch die Umsatzzahlen an.

Mit einem Anstieg der Erwerbstätigen um rund sechs Prozent wächst die Beschäftigung in der IKT-Branche im Jahr 2022 deutlich stärker als in allen Vergleichsbranchen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Selbständigen steigt um knapp 83.000 auf annähernd 1,5 Millionen. Über den gesamten Beobachtungszeitraum (2009 – 2022) hinweg legt die Zahl der Erwerbstätigen deutlich stärker als in allen Vergleichsbranchen zu.

2022 gibt es rund 99.000 IKT-Unternehmen, was einen Anteil von 3,9 Prozent an der gesamten gewerblichen Wirtschaft in Deutschland ausmacht. Doch die IKT-Branche ist die einzige der betrachteten Industrien, in der die Anzahl der Unternehmen wächst. Insgesamt steigt sie von 2009 bis 2020 um knapp 23 Prozent. Mit einem Wert von gut 7,3 Prozent hat die IKT-Branche im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2022 mit Abstand die höchste Gründungsrate. Auch nimmt die IKT-Branche erneut eine Spitzenposition bei der sogenannten Innovatorenquote ein. Die Innovationsintensität – also der Anteil des Umsatzes, der in die Entwicklung und Einführung von Produkt- und Prozessinnovationen investiert wird – folgt zwar dem allgemeinen Trend und ist im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Mit 8,6 Prozent liegt die IKT-Branche dennoch auf dem zweiten Platz hinter dem Fahrzeugbau.



STUDIE

„IKT-Branchenbild 2023“

www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Digitalisierungsindex/Publicationen/publikation-ikt-branchenbild-2023.pdf?__blob=publication-file&v=3



IKT-BRANCHE BOOMT

UMSATZ ERREICHT REKORDWERT
2021 2022
281 **12%** **315**
MRD. EURO MRD. EURO

ANZAHL DER ERWERBSTÄTIGEN
2021 2022
1,3 **6%** **1,5**
MILLIONEN MILLIONEN

	2009	2022
IKT GESAMT	914,9	1.454,9
IKT-DIENSTLEISTER	683,1	1.223,9
IKT-HARDWARE	231,8	231,0



ZEW POLICY BRIEF VON PROF. DR. WOLFGANG HABLA, KUMAI KOKASH,
PROF. ÅSA LÖFGREN, PHD, DR. ANNA STRAUBINGER UND PROF. DR. ANDREAS ZIEGLER

KRAFT FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Ohne die Zustimmung der Bevölkerung ist es für die Politik schwierig, Maßnahmen im Verkehrssektor umzusetzen, die Treibhausgasemissionen senken sollen. Bei der Akzeptanz solcher Vorhaben spielen wirtschaftliche Eigeninteressen der Bürger/innen eine große Rolle.

Eine repräsentative Befragung zeigt außerdem: Je mehr Je mehr die Bürgerinnen und Bürger individuell von einer klimafreundlichen Verkehrspolitik profitieren – etwa durch Förderungen –, desto höher ist die Zustimmung. Am meisten befürwortet werden Maßnahmen, die eine finanzielle Förderung beinhalten. Zudem unterstützen mehr als die Hälfte der Befragten die Erhöhung der Steuern auf Flugtickets. Auch das Tempolimit auf Autobahnen wird mehr unterstützt als abgelehnt. Das faktische „Verbrennerverbot“ und die Einführung einer Pkw-Maut auf Autobahnen werden dagegen eher abgelehnt. Bemerkenswert beim umstrittenen „Verbrennerverbot“ ist jedoch, dass es lediglich von weniger als einem Drittel der Befragten strikt abgelehnt wird, sodass sich dessen Akzeptanz eventuell durch eine bessere politische Kommunikation oder begleitende Maßnahmen erhöhen könnte.

Klimapolitische Instrumente lassen sich in zwei Kategorien einteilen. Pull-Maßnahmen sollen durch finanzielle Entlastungen die Nachfrage nach klimafreundlichen Verkehrsmitteln erhöhen, etwa durch Subventionen für den öffentlichen Verkehr. Demgegenüber stehen Push-Maßnahmen, die die Nachfrage nach umweltschädlichen Verkehrsmitteln durch Verbote und höhere Steuern oder Abgaben senken sollen. Zwar werden Pull-Maßnahmen insgesamt stärker befürwortet als Push-Maßnahmen, aber je nach Instrument sind 17 bis 27 Prozent der Befragten bei der Einschätzung unentschieden. Das könnte daran liegen, dass viele Menschen nicht wissen, wie sich bestimmte Vorhaben auswirken werden. bei dieser Gruppe könnte die Politik mithilfe von Informationskampagnen dabei helfen, das Verständnis und die Unterstützung für klimapolitische Instrumente zu erhöhen.



ZEW POLICY BRIEF

„Fördern oder Verbieten?
Welche klimafreundlichen
Verkehrspolitiken in der
Bevölkerung ankommen“

www.zew.de/PU86321

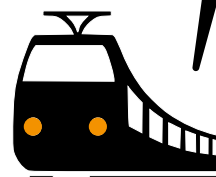
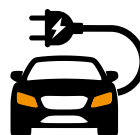


DIE AKZEPTANZ

von **klimafreundlichen Verkehrspolitiken** hängt vor allem von finanziellen Vorteilen für die Bürger/innen ab. Unterstützte **Maßnahmen**: z. B. Steuererleichterungen für öffentliche Verkehrsmittel, Subventionen für Elektroautos.

ÜBER 50%

für Erhöhung der
Steuern auf Flugtickets
und Tempolimit auf
Autobahnen



FORSCHUNGS

EINHEITEN

➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



**PROF. DR.
TABEA BUCHER-
KOENEN**

➤ **LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
ALTERSVORSORGE UND
NACHHALTIGE
FINANZMÄRKTE**

➤ **ALTERS**
VORSORGE UND
NACHHALTIGE
FINANZMÄRKTE

ALTERSVORSORGE UND NACHHALTIGE FINANZMÄRKTE

LEITUNG

Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen

STELLVERTRETUNG

Prof. Dr. Karolin Kirschenmann

SCHWERPUNKTE

- Sparen und Altersvorsorge
- Finanzielle Bildung
- Erwartungsbildung auf Finanzmärkten
- Kreditvergabe von Banken und realwirtschaftliche Auswirkungen
- Green Finance

DIE KRAFT DER EU-VERBRIEFUNGEN

- Realistische Sicht auf Marktpotenzial europäischer Verbriefungen notwendig
- Grüne Transformation durch Förderung privater Investitionen beschleunigen

Um die riesigen Summen an privatem Kapital bereitzustellen, die für die grüne Transformation erforderlich sind, scheinen institutionelle Investoren, z. B. Versicherungen oder Pensionsfonds, von entscheidender Bedeutung. Mittelfristig bleibt die europäische Wirtschaft jedoch maßgeblich von der Finanzierung durch Banken abhängig. Im Rahmen eines vom ZEW – Förderkreis Wissenschaft und Praxis e. V. geförderten Projekts untersucht eine ZEW-Studie, ob und wie eine bessere Integration des europäischen Bankensystems und der Kapitalmärkte durch Verbriefungen das Potenzial des Finanzsektors zur Unterstützung der grünen Transformation wirksam freisetzen kann.

Die Studie betont, dass Politiker/innen und Kommentatoren/-innen das „Originate-to-distribute“-Modell der Verbriefung – Banken gewähren Kredite mit der Absicht, diese zu verkaufen – im Sinn haben, wenn sie davon sprechen, den europäischen Verbriefungsmarkt wiederzubeleben und als Katalysator für die grüne Transformation zu nutzen. Jedoch sahen sich die meisten Banken in den letzten Jahren offenbar weder einer Vielzahl attraktiver Kreditmöglichkeiten gegenüber, noch waren sie hinsichtlich ihrer Finanzierung oder Kapitalquoten eingeschränkt. Gleichzeitig scheinen die geschaffenen Wertpapiere nur den Rendite-Risiko-Präferenzen einer begrenzten Investorenschaft zu entsprechen.

Um also die grüne Transformation zu beschleunigen, müssen zunächst die notwendigen privaten Realinvestitionen durch ein günstiges Umfeld und die richtigen Anreize gefördert werden, z. B. mittels CO₂-Bepreisung und Subventionierung der Entwicklung grüner Technologien. Dann wird der Finanzsektor deren Kommerzialisierung und Verbreitung finanzieren. Wenn die Kreditnachfrage steigt, müssen Banken Platz in ihren Bilanzen schaffen, und Verbriefungen können eine wichtigere Rolle spielen.



POLICY BRIEF

„Towards a More Realistic View on the Market Potential of EU Securitizations“

www.zew.de/PU86286



FINANZIELLE BILDUNG UND IHRE BEDEUTUNG FÜR FINANZIELLES WOHLERGEHEN IN DEUTSCHLAND

- 62 Prozent der deutschen Haushalte besitzen grundlegendes Finanzwissen
- Finanzkenntnisse variieren stark nach Bildung und Geschlecht
- Höheres Finanzwissen korreliert mit Aktienbesitz und finanziellem Wohlergehen

Finanzwissen spielt eine zentrale Rolle dabei, wie gut private Haushalte wirtschaftliche Krisen überstehen können. Basierend auf aktuellen Daten zeigt sich, dass rund 38 Prozent der deutschen Haushalte Fragen zu grundlegenden Themen wie Zins, Inflation und Risiko nicht korrekt beantworten können. Besonders Frauen und Menschen mit niedrigem Bildungsstand weisen geringeres Finanzwissen auf. Diese Gruppen sind daher anfälliger für finanzielle Fehlentscheidungen und können schlechter auf finanzielle Schieflagen reagieren.

Die Studie greift auf das Panel on Household Finances der Deutschen Bundesbank zurück, welches regelmäßig Daten zur finanziellen Situation deutscher Haushalte und deren Finanzwissen erhebt. Die Analysen der im Jahr 2021 erhobenen Daten zeigen, dass Haushalte mit höherem Finanzwissen häufiger in Aktien investieren und seltener von finanziellen Engpässen betroffen sind. Die wirtschaftlichen Herausforderungen durch die Corona-Krise und die stark zunehmende Inflation und steigenden Kreditzinsen verdeutlichen den Bedarf an finanzieller Bildung in der Bevölkerung. Während Deutschland bisher noch keine nationale Strategie zur finanziellen Bildung hat, sollten zukünftige Maßnahmen speziell die Förderung finanzieller Kompetenzen in benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Blick nehmen. Eine solche Strategie könnte auch bewirken, dass Finanzbildung stärker in Schulen integriert wird und unabhängige und qualitätsgeprüfte Bildungs- und Informationsangebote geschaffen werden, um langfristig die finanzielle Stabilität der Haushalte zu fördern.



STUDIE

„Financial Literacy,
Stock Market Participation,
and Financial Wellbeing
in Germany“

www.zew.de/PU86077

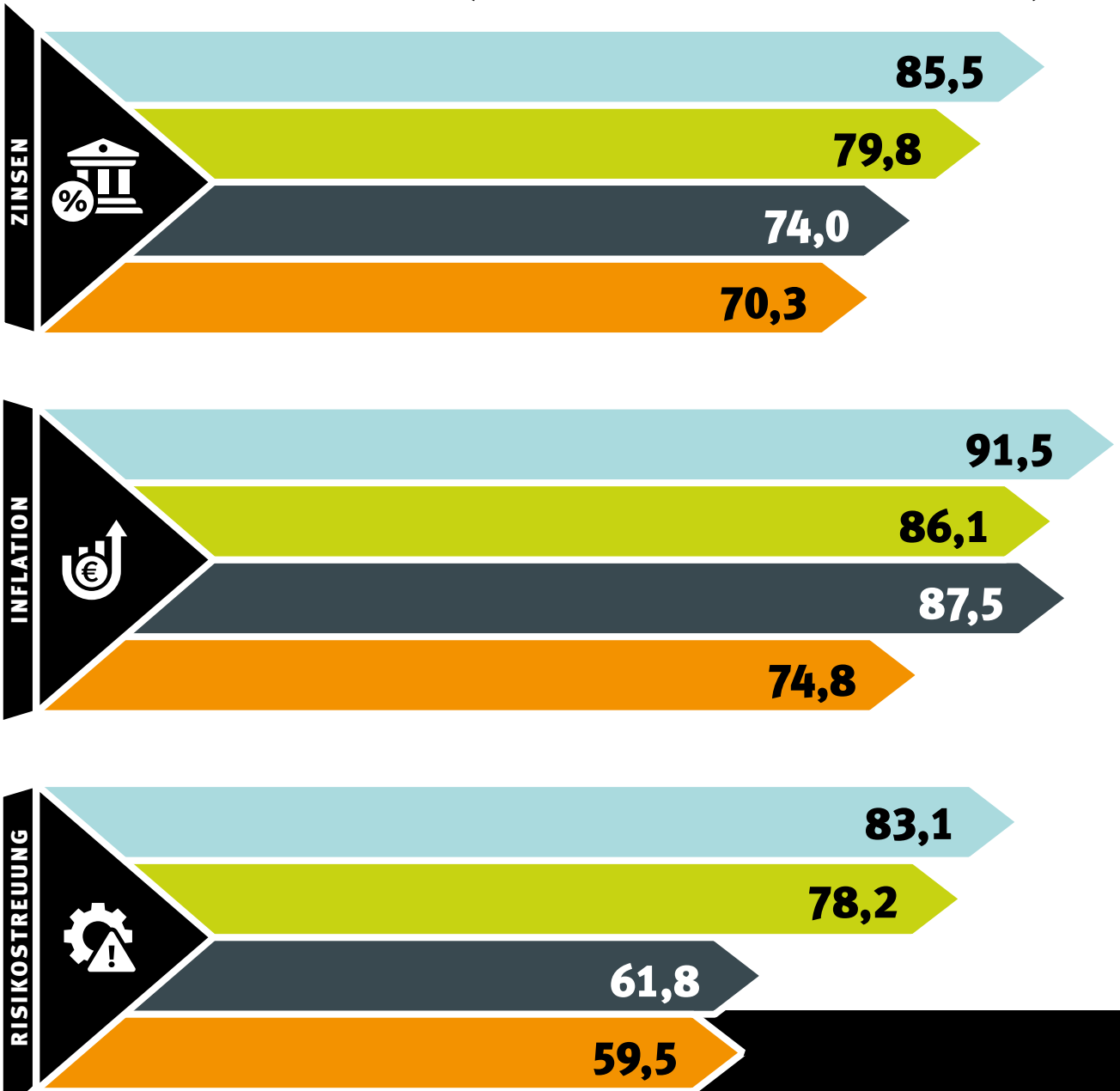


FINANZWISSEN HILFT, GUT ZU HAUSHALTEN:

WENN SIE AN DAS GESAMTE MONATSEINKOMMEN IHRES HAUSHALTS DENKEN – WAS WÜRDEN SIE DANN SAGEN, WIE IHR HAUSHALT FINANZIELL ÜBER DIE RUNDEN KOMMT?

LEICHT
EINIGERMASSEN
LEICHT
MIT EINIGEN
SCHWIERIGKEITEN
MIT GROSSEN
SCHWIERIGKEITEN

FINANZWISSENSFRAGE ZU ... (ANTEIL KORREKTER ANTWORTEN IN %)



LESEHILFE: Unter Personen, die „leicht“ über die Runden kommen, beantworten 85,5% die Finanzwissensfrage zu Zinsen korrekt.

QUELLE: Bucher-Koenen, Tabea, Bennet Janssen, Caroline Knebel-Seitz und Panagiota Tzamourani (2024), Financial literacy, stock market participation, and financial wellbeing in Germany, Journal of Financial Literacy and Wellbeing 1(3), 486-513.

➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



**PROF. DR.
NICOLAS R.
ZIEBARTH**

➤ LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
ARBEITSMÄRKTE UND
SOZIALVERSICHERUNGEN

➤ **ARBEITS**
MÄRKTE UND
SOZIAL
VERSICHERUNGEN

ARBEITSMÄRKTE UND SOZIAL- VERSICHERUNGEN

LEITUNG

Prof. Dr. Nicolas R. Ziebarth

STELLVERTRETUNG

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer

SCHWERPUNKTE

- Bildung, Migration und soziale Mobilität
- Struktureller Wandel und Sozialversicherungen
- Gesundheit im Arbeitsleben

DIGITALE TRANSFORMATION WÄHREND DER PANDEMIE AUF SPARFLAMME

- Die Pandemie verlangsamte die Technologieentwicklung
- Kleinere Anpassungsinvestitionen zu Lasten großer Investitionsvorhaben
- Die Förderung technologieintensiver Investitionen sollte antizyklisch sein

Die Covid-19-Pandemie wurde in der Öffentlichkeit nicht zuletzt wegen der zunehmenden Verbreitung der Telearbeit als Digitalisierungstreiber wahrgenommen. Doch die Ergebnisse der neuen Betriebsbefragung „Arbeitswelt 4.0“, die das ZEW zusammen mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), dem Luxembourg Institute of Socio-Economic Research (LISER) und dem Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) durchgeführt hat, zeigen: Die Pandemie brachte keinen Digitalisierungsschub, sondern ging mit einem Rückschlag für die Technologieentwicklung einher.

Betriebe führten verstärkt Technologien ein, die es den Beschäftigten ermöglichten, ihre Arbeit im Homeoffice zu erledigen, sodass negative Beschäftigungseffekte der Pandemie abgemildert werden konnten. Allerdings gingen diese Anpassungsinvestitionen zu Lasten längerfristig geplanter und umfänglicherer Investitionen. Unter dem Strich wurde insgesamt weniger in neue digitale Technologien investiert, als es ohne die Pandemie der Fall gewesen wäre: Gut ein Viertel der für 2016 bis 2021 geplanten Investitionen fielen pandemiebedingt aus. Die aktuelle Produktivitätsschwäche in Deutschland ist damit möglicherweise auch auf das Aufschieben geplanter Technologieinvestitionen zurückzuführen. Zudem sprechen die Ergebnisse dafür, dass der sich anschließende Energiepreis- und Unsicherheitsschock aufgrund des Krieges in der Ukraine den Technologieschub eher weiter verlangsamt hat.

Der Fokus der politischen Entscheidungsträger/innen sollte daher stärker darauf liegen, Betriebe auch in Zeiten multipler und aufeinanderfolgender Krisen darin zu unterstützen, an größeren technologieintensiven Investitionen festzuhalten. Hierfür könnten Förderinstrumente beispielsweise gezielt antizyklisch ausgerichtet werden.



ZEW POLICY BRIEF

„Digitale Transformation auf Sparflamme: Weniger 4.0-Investitionen in der Pandemie“

www.zew.de/PU86360



MEHR INNOVATIONSKRAFT: GERINGERE KRANKENSTÄNDE DURCH TEILZEITKRANKSCHREIBUNG

- Telefonische Krankschreibung ist nicht die Ursache für den starken Fehltaganstieg seit 2022
- Korrektur der Untererfassung durch die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung verursacht den Anstieg
- Teilzeitkrankschreibung nach skandinavischem Vorbild ist empfehlenswert

Die Krankenstände in Deutschland sind stark gestiegen: Aus Teilen der Wirtschaft und der Politik kam die Forderung, die telefonische Krankschreibung wieder abzuschaffen, da diese dafür verantwortlich sei. Aus diesem Anlass analysierten ZEW-Forschende mögliche Gründe für den ungewöhnlich starken Anstieg der krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) seit 2022.

Der Studie zufolge liegt erstens keine plausible Evidenz vor, nach der die telefonische Krankschreibung für die überaus starke Zunahme der Fehltage verantwortlich ist. Die telefonische Krankschreibung wurde bereits zu Beginn der Covid-19-Pandemie eingeführt und im Jahr 2023 teilweise ausgesetzt. Die Krankenstände folgten aber nicht diesem Muster, sondern sanken von 2019 bis 2021, bevor sie dann 2022 und 2023 stark anstiegen.

Zweitens sind ungewöhnlich starke Erkältungs- und Grippewellen, in Kombination mit einem geänderten Krankmeldeverhalten bei Infektionen seit der Pandemie, wahrscheinlich für einen kleineren Teil des Anstiegs verantwortlich.

Drittens zeigt die Studie, dass der Anstieg in allererster Linie auf die 2022 flächendeckend eingeführte elektronische AU-Meldung zurückzuführen ist.

Das bedeutet: Die deutschen Krankenstände waren aufgrund der großzügigen deutschen Lohnfortzahlung schon vor 2022 sehr hoch, insbesondere auch im weltweiten Vergleich. Allerdings waren die Statistiken lückenhaft und haben die wahren Krankenstände untererfasst. Neben firmenspezifischen Maßnahmen schlägt das ZEW daher die gesetzliche Einführung einer Teilzeitkrankschreibung vor. Dieses Modell existiert in Schweden schon seit den 1950er Jahren und wurde dort vor 20 Jahren erfolgreich im Kampf gegen hohe Krankenstände eingesetzt. Wenn es gelänge, nur zehn Prozent der derzeitigen Fehltage in Halbtagsfehltage umzuwandeln, würden der deutschen Wirtschaft 45 Millionen Arbeitstage zugeführt. Das sind laut ZEW-Forschenden eine Vielzahl mehr an Arbeitstagen als bei einer möglichen Einführung der Aktivrente der CDU.



ZEW POLICY BRIEF

„Einordnung des
deutlichen Anstiegs
der krankheitsbedingten
Fehlzeiten seit 2022“

www.zew.de/PU86428



WIE OFT SIND DIE DEUTSCHEN KRANK?

ARBEITSUNFÄHIGKEITS-
TAGE JE VERSICHERTEN-
JAHR

26

25

24

23

22

21

20

19

18

17

16

15

14

13

12

11

10

9

eAU

TELEFONISCHE
KRANK-
SCHREIBUNG



ELEKTRONISCHE
DATEN-
ERFASSUNG*

MV [24,9]

ST

BB

TH

SH

NI

NW

RP

BE

HE

HH

SN

BY

BW [15,7]

2000

2006

2012

'18

'20

'23

Ø 12,9 TAGE

Ø 11,4 TAGE

Ø 15,5 TAGE

* nach Bundesländern

QUELLE: Techniker Krankenkassen (2024). Gesundheitsreport 2024

➤ **DIE ZEW
FORSCHUNGS
EINHEITEN**



PROF.
DR. IRENE
BERTSCHEK

➤ LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
DIGITALE ÖKONOMIE

➤ ***DIGITALE*** **ÖKONOMIE**

DIGITALE ÖKONOMIE

LEITUNG

Prof. Dr. Irene Bertschek

STELLVERTRETUNG

Dr. Dominik Rehse

SCHWERPUNKTE

- Diffusion digitaler Technologien
- Digitalisierung und Unternehmensstrategien
- Digitale Plattformen
- Design digitaler Märkte

LEITUNG

NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPE

Design digitaler Märkte

Dr. Dominik Rehse

ALGORITHMEN BEEINFLUSSEN INNOVATIONEN

- Streaming Plattformen verbessern zwar das Gemeinwohl, lenken jedoch das Konsumverhalten durch die Nutzung von Empfehlungssystemen in Richtung günstigerer Inhalte
- Solche Empfehlungssysteme reduzieren die Anreize, in bessere Inhalte zu investieren

Die in digitalen Märkten allgegenwärtigen Empfehlungssysteme sind ein kritischer Bestandteil von Streaming-Plattformen. Ein funktionierendes Empfehlungssystem (und somit die Qualität des Matching-Angebots) kann entscheidend dafür sein, dass eine Plattform am Markt erfolgreich ist. In einer Studie untersuchen Forschende am ZEW, welche Anreize für digitale Plattformen bestehen, das Konsumverhalten durch algorithmische Empfehlungen zu steuern. Sie analysieren außerdem, wie sich eine solche Steuerung auf Innovationsanreize für Anbieter, wie z. B. Content Creators, auswirkt.

Im Rahmen einer theoretischen Untersuchung wird für eine hypothetische Plattform gezeigt, dass sie einen „Empfehlungs-Bias“ optimiert, durch den die Nachfrage von teureren auf günstigere Inhalte gelenkt wird. Wenn die Preisasymmetrie der Inhalte einen Qualitätsunterschied widerspiegelt, senkt die Plattform den Preisaufschlag für die qualitativ hochwertigen Inhalte und minimiert die Grenzkosten für deren Streaming.

Die Ergebnisse der Studie haben erhebliche Relevanz für die Regulierung digitaler Märkte und den Einfluss von Abonnement-basierten Geschäftsmodellen auf die Innovationsanreize für Anbieter. Die Nachfragesteuerung im Gleichgewicht entsteht nicht, weil die Anbieter um Sichtbarkeit konkurrieren, sondern weil die Plattform darauf abzielt, den Wettbewerb zu reduzieren. Es ist im Interesse der Plattform, den mit qualitativ hochwertigen Produkten und einer starken Marktpräsenz verbundenen Preisaufschlag zu steuern. Die Anbieter teurerer Inhalte werden dadurch benachteiligt. Dagegen erhalten Anbieter zweitklassiger Inhalte einen unfairen Vorteil, indem die Präferenzen der Verbraucher/innen zu ihren Gunsten gelenkt werden. Dies hat negative Auswirkungen auf die Anreize, zu innovieren.



ZEW DISCUSSION PAPER

„Not as Good as
It Used to Be: Do
Streaming Platforms
Penalize Quality?“

www.zew.de/PU86179



DIGITALE SOUVERÄNITÄT: DEUTSCHE UNTERNEHMEN SEHEN HANDLUNGSBEDARF

- Unternehmen sehen Abhängigkeiten bei zentralen digitalen Technologien
- Hauptgründe sind der Mangel an europäischen Alternativen und die technologische Überlegenheit der Anbieter oder Partner

Deutsche Unternehmen haben die Bedeutung digitaler Souveränität zwar erkannt, nehmen gleichzeitig aber weiterhin starke Abhängigkeiten von nicht-europäischen Anbietern oder Partnern, insbesondere aus den USA, wahr. In einer repräsentativen ZEW-Befragung von 1.200 Unternehmen aus der Informationswirtschaft und dem verarbeitenden Gewerbe gaben mehr als 80 Prozent der Unternehmen beider Wirtschaftszweige an, sich bei mindestens einem der abgefragten Technologiefelder abhängig von nicht-europäischen Anbietern oder Partnern zu fühlen. Insbesondere im Bereich Software und Anwendungen zeigen sich die befragten Unternehmen häufig sehr abhängig von nicht-europäischen Anbietern oder Partnern. Zudem bestehen bei einer Reihe weiterer digitaler Technologien Abhängigkeiten, beispielsweise bei Hardware und Infrastruktur, IT-Sicherheitstechnologien und Digitalen Plattformen.

Diese und weitere Ergebnisse der ZEW-Studie „Digitale Souveränität: Herausforderungen aus Sicht der Unternehmen“ wurden auf dem Digital-Gipfel 2024 der Bundesregierung vorgestellt und mit einem Expertenpanel aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft diskutiert. Die Studie, die im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) durchgeführt wurde, beleuchtet aktuelle Herausforderungen im Hinblick auf die digitale Souveränität in Deutschland. Dabei beschreibt der Begriff „digitale Souveränität“ die Fähigkeit, die digitale Transformation mit Blick auf Hardware, Software, Dienstleistungen sowie Kompetenzen selbstbestimmt zu gestalten. In Bezug auf digitale Technologien und Anwendungen bedeutet das, selbstständig entscheiden zu können, inwieweit eine Abhängigkeit von Anbietern und Partnern eingegangen oder vermieden wird.



STUDIE

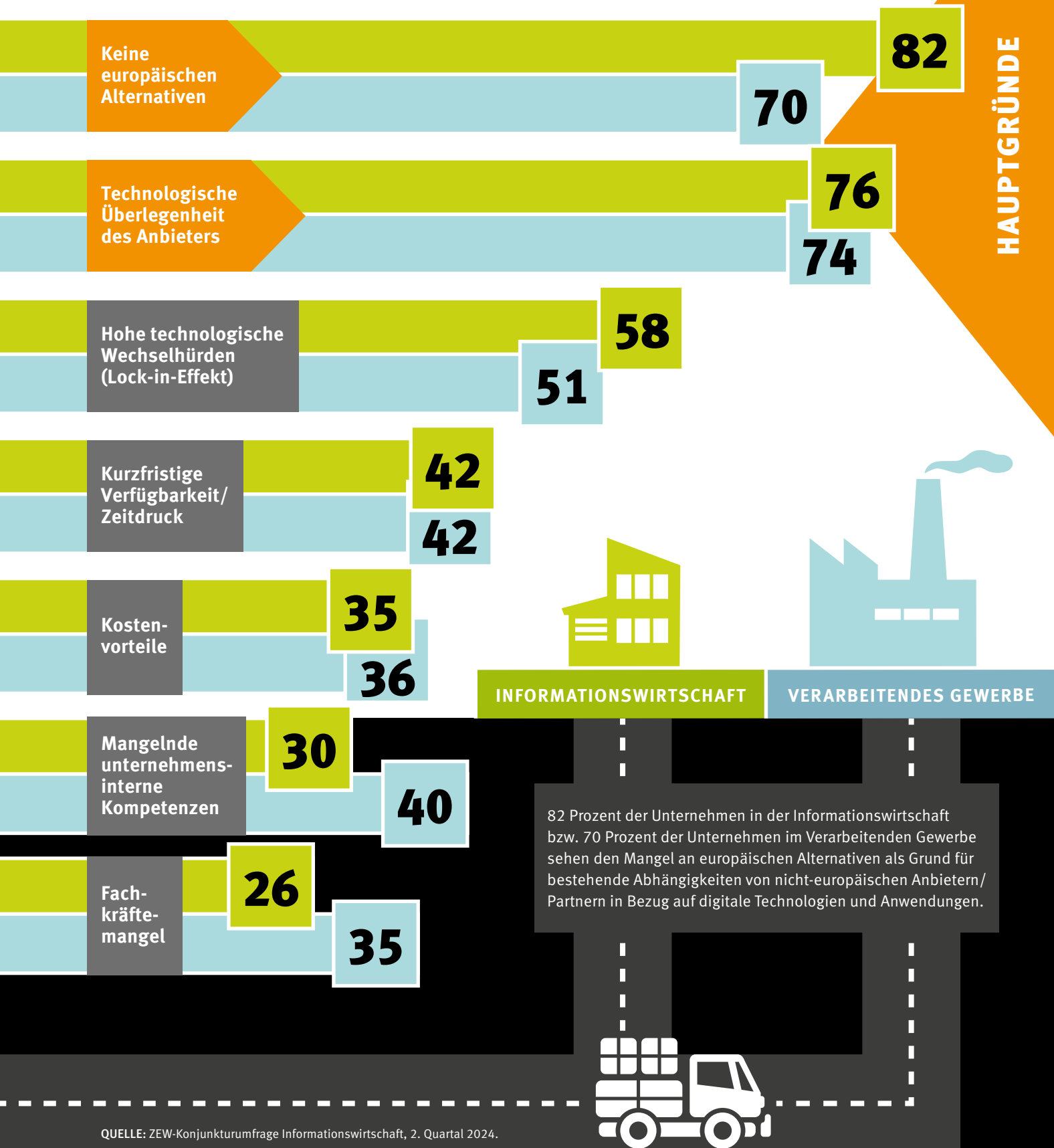
„Digitale Souveränität“

<https://de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Digitalisierungsindex/Publikationen/publikation-schwerpunkt-digitale-souveraenitaet.pdf>



GRÜNDE FÜR DIE ABHÄNGIGKEIT EINES UNTERNEHMENS VON NICHT-EUROPÄISCHEN ANBIETERN/PARTNERN

(ANTEIL AN UNTERNEHMEN MIT BESTEHENDEN ABHÄNGIGKEITEN IN %)



➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



PROF.
DR. HANNA
HOTTENROTT

➤ LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
INNOVATIONSÖKONOMIK
UND UNTERNEHMENSYNAMIK

➤ **INNOVATIONS**
ÖKONOMIK UND
UNTERNEHMENS
DYNAMIK

INNOVATIONS- ÖKONOMIK UND UNTERNEHMENS- DYNAMIK

LEITUNG

Prof. Dr. Hanna Hottenrott

STELLVERTRETUNG

Prof. Dr. Bettina Peters

Dr. Christian Rammer

SCHWERPUNKTE

- Innovative Veränderungsprozesse in Unternehmen
- Dynamik im Unternehmenssektor: Gründungen, Schließungen und M&A
- Wissensgenerierung und -austausch von Industrie und Wissenschaft
- Wettbewerb zwischen Unternehmen

LEITUNG

NACHWUCHSFORSCHUNGSGRUPPEN

Co-Creation

Dr. Bastian Krieger

Wettbewerb und Innovation

Prof. Dr. Bernhard Ganglmair

INNOVATIONSAKTIVITÄTEN DEUTSCHER UNTERNEHMEN LEIDEN UNTER LONG-COVID

- 2020 von COVID stark betroffene Unternehmen zeigen auch zwei Jahre später noch ein geringeres Wachstum der Innovationsausgaben
- Pandemie verursachte einen Rückgang der Innovationsausgaben um 9 Milliarden Euro

Eine gemeinsame Studie des ZEW und der Katholieke Universiteit Leuven (Belgien) untersucht, wie sich die COVID-19-Pandemie kurz- und mittelfristig auf die Innovationsausgaben von Unternehmen in Deutschland ausgewirkt hat. In der im renommierten Fachjournal „Research Policy“ veröffentlichten Studie zeigen die Forschenden auf Basis repräsentativer Daten des Mannheimer Innovationspanels Folgendes: Unternehmen, die 2020 stark von COVID-19 betroffen waren, reduzierten ihre Innovationsausgaben nicht nur im ersten Jahr der Pandemie (2020) erheblich, sondern auch in den beiden Folgejahren, und leiden damit unter Long-COVID-Innovationseffekten. 2021 wiesen sie ein um 2,3 Prozentpunkte geringeres Wachstum der Innovationsausgaben auf als Unternehmen, die 2020 von der Pandemie nur geringfügig in ihren Geschäftsaktivitäten getroffen wurden. Im Jahr 2022 betrug der Unterschied immer noch 0,9 Prozentpunkte. Verantwortlich für diesen Effekt waren vor allem Unternehmen, die vor der Pandemie nur über geringe digitale Fähigkeiten verfügten. Stark digitalisierte Unternehmen waren dagegen resilienter in der Krise und nahmen keine Kürzungen ihrer Innovationsausgaben vor. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass die Pandemie auch zu einem Rückgang der Innovationsausgaben in den Unternehmen geführt hat, die durch COVID-19 einen unerwarteten positiven Nachfrageschock erlebten. Sie verschoben Innovationsaktivitäten zugunsten des Aufbaus neuer Produktionskapazitäten.

Diese kurz- und mittelfristigen Innovationsreaktionen hatten erhebliche gesamtwirtschaftliche Auswirkungen. COVID-19 führte zu Einbußen der Innovationsausgaben in den Jahren 2020 bis 2022 von 9 Milliarden Euro. Damit waren die tatsächlichen Innovationsausgaben um 5,4 Prozent geringer als sie ohne Pandemie gewesen wären.



ZEW DISCUSSION PAPER

„Pandemic Effects:
Do Innovation Activities
of Firms Suffer From
Long-Covid?“

www.zew.de/PU84085



GRÜNDER/INNEN MIT EINWANDERUNGSERFAHRUNG SIND INNOVATIVER

- 15 Prozent der Unternehmensgründungen haben Gründer/innen mit Einwanderungserfahrung
- Gründer/innen mit Einwanderungserfahrung berichten häufiger von Finanzierungsschwierigkeiten

Gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung hat der ZEW-Forschungsbereich „Innovationsökonomik und Unternehmensdynamik“ die letzten 20 Jahre des deutschen Gründungsge-
schehens unter dem Aspekt der Einwanderungserfahrung beleuchtet. Die Untersuchung zeigt, dass etwa 15 Prozent der befragten Gründungen in Deutschland mindestens eine(n) Gründer/in mit Einwanderungserfahrung haben. Dieser Anteil ist seit 2005 um 10 Prozentpunkte gestiegen.

Gründer/innen wandern allerdings selten speziell für die Unternehmensgründung ein, sondern leben in der Regel seit vielen Jahren in Deutschland, bevor sie gründen. Gründer/innen mit Einwanderungserfahrung verfügen häufiger als Gründer/innen ohne Einwanderungshintergrund über einen Hochschulabschluss und sind am häufigsten in Bereichen der verbrauchernahen und unternehmensnahen Dienstleistungen sowie in Handel und Bauwesen tätig. Unter Berücksichtigung dieser strukturellen Differenzen zeigen sich signifikante Unterschiede in den Forschungs- und Entwicklungsausgaben (F&E) und Innovationserfolgen. Gründungen mit Einwanderungserfahrung haben eine um 10 Prozent größere Wahrscheinlichkeit, neue Produkte oder Dienstleistungen einzuführen und sind häufiger in F&E aktiv.

Gleichzeitig ist zu beobachten, dass sich Gründungen mit Einwanderungserfahrung hinsichtlich ihrer Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung ähnlich wie ihre Pendanten ohne Einwanderungserfahrung entwickeln. Allerdings berichten Gründer/innen mit Einwanderungserfahrung häufiger von Finanzierungsschwierigkeiten. Die Umsetzung ihrer größeren Innovationskraft in Unternehmenswachstum scheint durch erhebliche Finanzierungsschwierigkeiten und einen Mangel an externen Finanzierungsquellen gebremst.

Die Ergebnisse dieser Studie unterstreichen das langfristige Innovationspotenzial von Zuwanderung. Dieses Potenzial kann allerdings nur vollständig ausgeschöpft werden, wenn Hürden, insbesondere im Bereich der Finanzierung, abgebaut werden.



PROJEKT

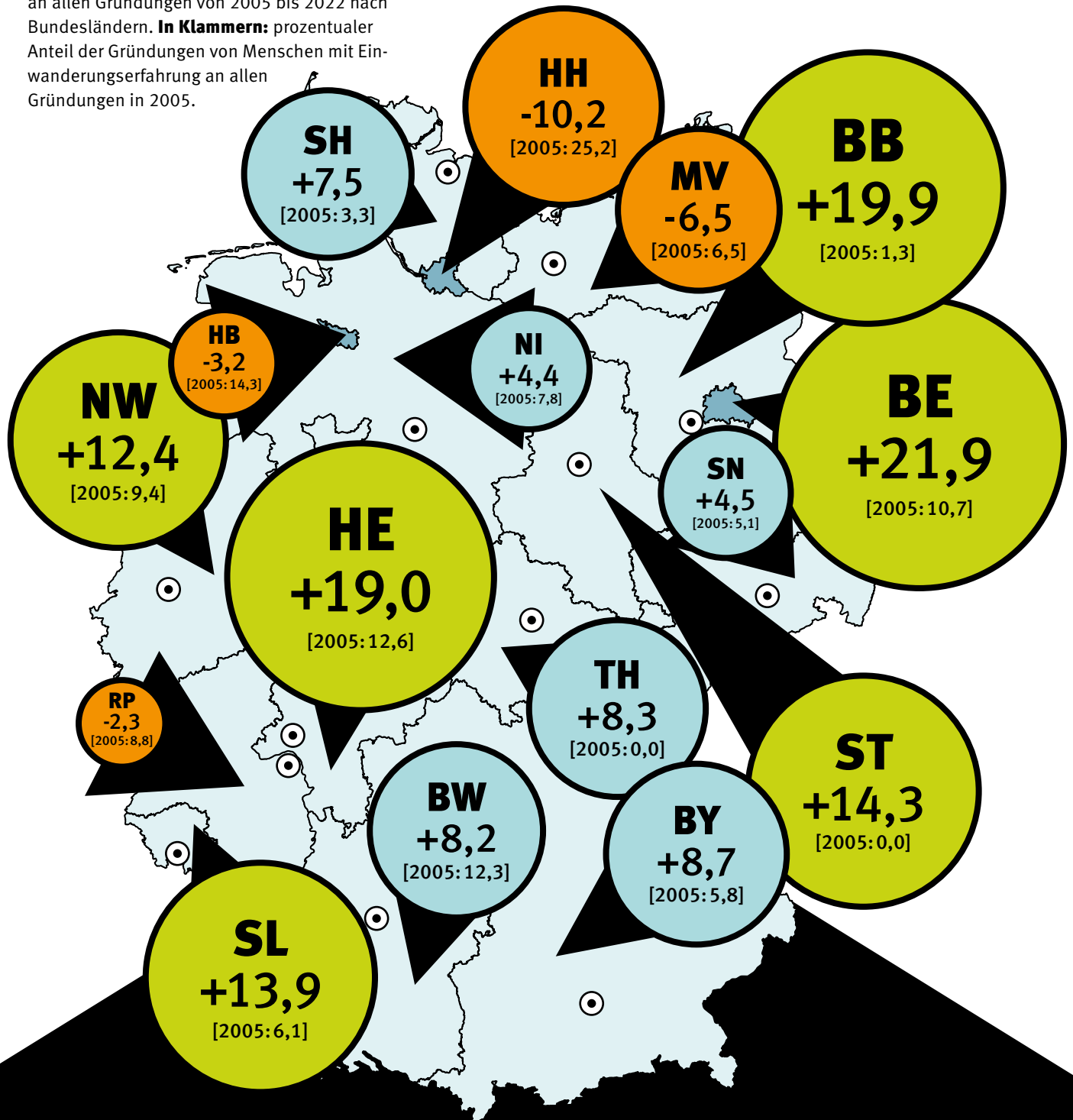
„Die Rolle des Migrationshintergrundes von Gründerinnen und Gründern für die Ausrichtung und Finanzierung von Start-Ups“

www.zew.de/PJ3704



GEOGRAPHISCHE VERTEILUNG VON UNTERNEHMENS-GRÜNDUNGEN MIT EINWANDERUNGSERFAHRUNG

Die Karte zeigt die **Veränderung des prozentualen Anteils** der Gründungen mit Einwanderungserfahrung an allen Gründungen von 2005 bis 2022 nach Bundesländern. **In Klammern:** prozentualer Anteil der Gründungen von Menschen mit Einwanderungserfahrung an allen Gründungen in 2005.



VERÄNDERUNG VON 2005 BIS 2022:
VERÄNDERUNG DES PROZENTUALEN
ANTEILS DER GRÜNDUNGEN MIT
EINWANDERUNGSERFAHRUNG (IN PP)

ABNEHMEND STEIGEND STARK STEIGEND

➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



**PROF. ACHIM
WAMBACH,
PHD**

➤ **LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
MARKTDESIGN
(KOMMISSARISCH)**

➤ **MARKT**
DESIGN

MARKT- DESIGN

LEITUNG

Prof. Achim Wambach, PhD
(kommissarisch)

STELLVERTRETUNG

Dr. Marion Ott

SCHWERPUNKTE

- Auktionen
- Matching-Märkte
- Allokationsverfahren
- Hub für Feldexperimente

DESIGN STABILER MATCHING-MÄRKTE BEI FEHLERHAFTEM ODER VERZERRTEM ENTSCHEIDUNGSVERHALTEN

- Fehlerhaftes oder verzerrtes Entscheidungsverhalten kann zu Instabilitäten führen
- Vereinfachte sequenzielle Vergabeverfahren können Stabilität wiederherstellen

Die Forschung zu stabilen Vergabeverfahren, die etwa bei der Zuteilung von Schul- oder Kitaplätzen Anwendung finden, beschäftigt sich mit der Zuordnung von Individuen zu Institutionen, basierend auf dem Entscheidungsverhalten beider Marktseiten. Ein Vergabeverfahren gilt als stabil, wenn kein Individuum seine zugewiesene Institution gegen eine andere tauschen möchte, die ihrerseits bereit wäre, das Individuum aufzunehmen.

Die bestehende Forschung konzentriert sich dabei primär auf das Entscheidungsverhalten von Institutionen, während für die Individuen üblicherweise von rationalem Entscheidungsverhalten ausgegangen wird. Studien aus der Verhaltensökonomie, Psychologie und dem Marketing zeigen jedoch, dass individuelle Entscheidungen häufig durch Fehler und Verhaltensverzerrungen beeinflusst werden.

Eine ZEW-Studie verdeutlicht, wie Abweichungen vom rationalen Entscheidungsverhalten auf Seiten der Individuen zu Instabilitäten in herkömmlichen Vergabeverfahren führen können. Zudem wird aufgezeigt, welche minimalen Anforderungen an dieses Entscheidungsverhalten gestellt werden müssen, um stabile Vergabeverfahren sicherzustellen. Entscheidend ist, Individuen während des Verfahrens vor vereinfachte Entscheidungsmöglichkeiten zu stellen. Dies lässt sich durch sequenzielle Verfahren umsetzen, bei denen Individuen jeweils binär zwischen ihrer aktuellen vorläufigen Zuteilung und einer weiteren Option wählen.



STUDIE

„Non-Standard Choice
in Matching Markets“

www.zew.de/PU86426



ZEW HUB: INTERNATIONALE EXPERTEN/-INNEN ZEIGEN POTENZIAL VON STUDIEN MIT UND IN ORGANISATIONEN AUF

- Intensiver Austausch und neue Impulse für die Wissenschaft
- Kooperation zwischen Wissenschaft und Organisationen zur Lösung wirtschaftspolitischer Herausforderungen

Der ZEW HUB hat das Ziel, Feldstudien in direkter Kooperation mit Unternehmen und Organisationen durchzuführen. Die Studien sollen praxisnahe und wirtschaftspolitisch relevante Erkenntnisse liefern sowie die Entwicklung evidenzbasierter Lösungen ermöglichen. Im Rahmen dieser Initiative brachte die erste ZEW-Konferenz „Research with and within Organisations“ im September 2024 Experten/-innen und Praxisvertreter/innen zusammen, um die Brücke zwischen Wissenschaft und Praxis zu stärken. In den Keynotes referierten Prof. Raffaella Sadun, PhD (Harvard University, USA) über organisatorische Friktionen bei Umschulungsprogrammen, Prof. Steve Tadelis, PhD (UC Berkeley, USA) über Werbeerträge auf Online-Plattformen und Prof. Canice Prendergast, PhD (University of Chicago, USA) über Strukturen sozialer Organisationen.

Ein Schwerpunkt der Konferenz lag auf dem Austausch mit Vertretern/-innen aus der Praxis: Clemens Schmid (Roche Deutschland Holding GmbH) beleuchtete Chancen und Herausforderungen des strategischen Personalmanagements. Des Weiteren thematisierte eine Paneldiskussion kulturelle und regulatorische Unterschiede bei der Nutzung Künstlicher Intelligenz durch Unternehmen zwischen Europa, den USA und China.

Abschließend leitete Dr. Lukas Kagerbauer (IHK Würzburg-Schweinfurt, Universität Würzburg) eine offene Diskussion zur besseren Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen. Ergebnis: Lehren aus dem „Work-first“-Ansatz wie in europäischen Nachbarländern und die aktive Einbindung von Unternehmen bei der Integration, kombiniert mit berufsspezifischen Sprachkursen und pragmatischer Anerkennung ausländischer Abschlüsse, könnten Deutschlands „Integration-first“-Modell verbessern. Durch ein optimiertes Arbeitsmarktdesign könnten Geflüchtete besseren Zugang zu ertragreicheren Beschäftigungen erhalten und an Betriebe vermittelt werden, die gute Integrationschancen bieten.



KONFERENZ

„Research with and
within Organisations“
www.zew.de/VA4370



ZEW HUB ERMÖGLICHT GEMEINSAME STUDIEN VON WISSENSCHAFT UND ORGANISATIONEN

WIN-WIN-WIN

für Wissenschaft, Organisationen, Kunden/-innen
und Mitarbeitende

GEMEINSAME ENTWICKLUNG

und wissenschaftliche Begleitung von Maßnahmen

SYSTEMISCHER TRANSFER

von Wissenschaft in Wirtschaft und Gesellschaft

ZEW HUB

WISSEN- SCHAFT

- ▶ Methoden
- ▶ Neue Forschungsergebnisse
- ▶ Humankapital

ORGA- NISA- TIONEN

- ▶ Daten
- ▶ Herausforderungen für die Forschung
- ▶ Themenspezifisches Know-how

➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



**PROF. DR.
SEBASTIAN
RAUSCH**

➤ **LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
UMWELT- UND
KLIMAÖKONOMIK**

➤ **UMWELT**
UND KLIMA
ÖKONOMIK

UMWELT- UND KLIMAÖKONOMIK

LEITUNG

Prof. Dr. Sebastian Rausch

STELLVERTRETUNG

Dr. Oliver Schenker

Prof. Kathrine von Graevenitz, PhD

SCHWERPUNKTE

- Auswirkungen von Klimapolitik auf Firmen und Haushalte
- Marktmechanismen und Wirtschaftspolitik zur Dekarbonisierung
- Gesamtwirtschaftliche Dekarbonisierung und sektorale Auswirkungen
- Europäischer Emissionshandel

WIE KLIMAPOLITIK INVESTITIONSENTSCHEIDUNGEN UNTER UNSICHERHEIT BEEINFLUSST

- CO₂-Steuer und Emissionshandel führen bei wirtschaftlicher Unsicherheit zu unterschiedlichen Investitionsentscheidungen

Für den Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sind enorme Investitionen in saubere Technologien erforderlich. Die Anreize für private Investitionen in grüne Technologien werden wesentlich durch die Klimapolitik und die dafür eingesetzten Politikinstrumente bestimmt.

Eine ZEW-Studie zeigt, dass preisbasierte Instrumente wie CO₂-Steuern und mengenbasierte Regulierungen wie der Emissionshandel zu unterschiedlichen Investitionen in unterschiedliche Technologien führen können. Bei Unsicherheit über die zukünftige Elektrizitätsnachfrage haben preis- und mengenbasierte Regulierungen divergierende Auswirkungen auf die Renditerisiken von Investitionen. Risikoaverse Investoren/-innen werden daher ihr Portfolio entsprechend anpassen. Um diese Effekte zu quantifizieren, wurde ein stochastisches Modell des europäischen Stromsektors entwickelt und kalibriert. Die Simulationen zeigen, dass ein repräsentativer risikoscheuer Investor in einem durch den Emissionshandel regulierten Markt einen höheren Anteil an fossilen Kraftwerken in seinem Portfolio hält, als es bei einer Regulierung durch eine CO₂-Steuer der Fall wäre. Allerdings ist der gesamte Kraftwerksbestand kleiner, wenn der Stromsektor mittels eines Emissionshandels reguliert wird.

Die Studie zeigt, wie das Design von Klimapolitik das Zusammenspiel von wirtschaftlicher Unsicherheit und Risikoaversion und damit direkt Investitionsentscheidungen beeinflusst. Es ist daher wichtig, den klimapolitischen Werkzeugkasten gerade auch unter dem Gesichtspunkt des Umgangs mit Unsicherheit zu evaluieren.



ZEW DISCUSSION PAPER

„Regulated Correlations –
Climate Policy and
Investment Risks“

www.zew.de/PU86382



DER EU-EMISSIONSHANDEL UND NATIONALE INDUSTRIEPOLITIK

- Politische Unterstützung für Industrie kann zu ineffizienter Emissionsverteilung führen

Der Emissionshandel (EU ETS) ist das wichtigste klimapolitische Instrument der EU. Während der EU ETS die Gesamtmenge der CO₂-Emissionen in regulierten Sektoren begrenzt, bestimmt der ETS nicht, in welchen Sektoren oder Regionen Emissionen reduziert werden. Dieser dezentrale Ansatz ist effizient: Er lenkt Emissionsreduktionen dorthin, wo sie am wenigsten kosten. Gleichzeitig schafft dieser Ansatz Anreize für Mitgliedstaaten, ihre heimische Industrie zu schützen und die Emissionsminderungen auf andere Länder abzuwälzen. Um einer heimischen Deindustrialisierung entgegenzuwirken, könnten nationale Maßnahmen wie Subventionen für energieintensive Industrien ergriffen werden. Im Vergleich zu Deutschland sind die industriellen CO₂-Emissionen im Rest der EU von 2005 bis 2019 doppelt so stark gesunken. Die Studie untersucht, ob dieses Muster die Effizienz des EU ETS widerspiegelt oder ob Deutschland zu einem „Carbon Haven“ wird.

Um die Wirkung unterschiedlicher Einflussfaktoren, wie beispielsweise klimapolitische Stringenz oder Wettbewerbsfähigkeit, auf CO₂-Emissionen voneinander zu trennen, quantifizieren die Forscher/innen ein ökonomisches Modell. Aus der Kombination von Daten und Modell kann abgeleitet werden, wie sich die klimapolitische Stringenz in Deutschland und im Rest der EU entwickelt haben muss, damit das Modell tatsächlich erfolgte Handelsströme, Produktions- und Emissionsentwicklungen rationalisieren kann.

Die Analyse zeigt, dass die Stringenz der Klimapolitik in Deutschland stärker abgenommen hat als im Rest der EU. Diese Differenz ist auf nationale Politikmaßnahmen zurückzuführen. So könnte die umfassende Inanspruchnahme von Subventionen für energieintensive Sektoren in Deutschland dazu beigetragen haben, dass CO₂-intensive Produktionsprozesse zunehmend nach Deutschland verlagert wurden. Hätte sich die klimapolitische Stringenz in der gesamten EU identisch entwickelt, wären die deutschen industriellen Emissionen niedriger ausgefallen.

Die Ergebnisse der Studie zeigen die Bedeutung von intra-europäischen Unterschieden in der klimapolitischen Stringenz auf. Politische Unterstützung für die Industrie in einem Land kann zu einer ineffizienten Emissionsverteilung innerhalb der EU führen.



ZEW DISCUSSION PAPER

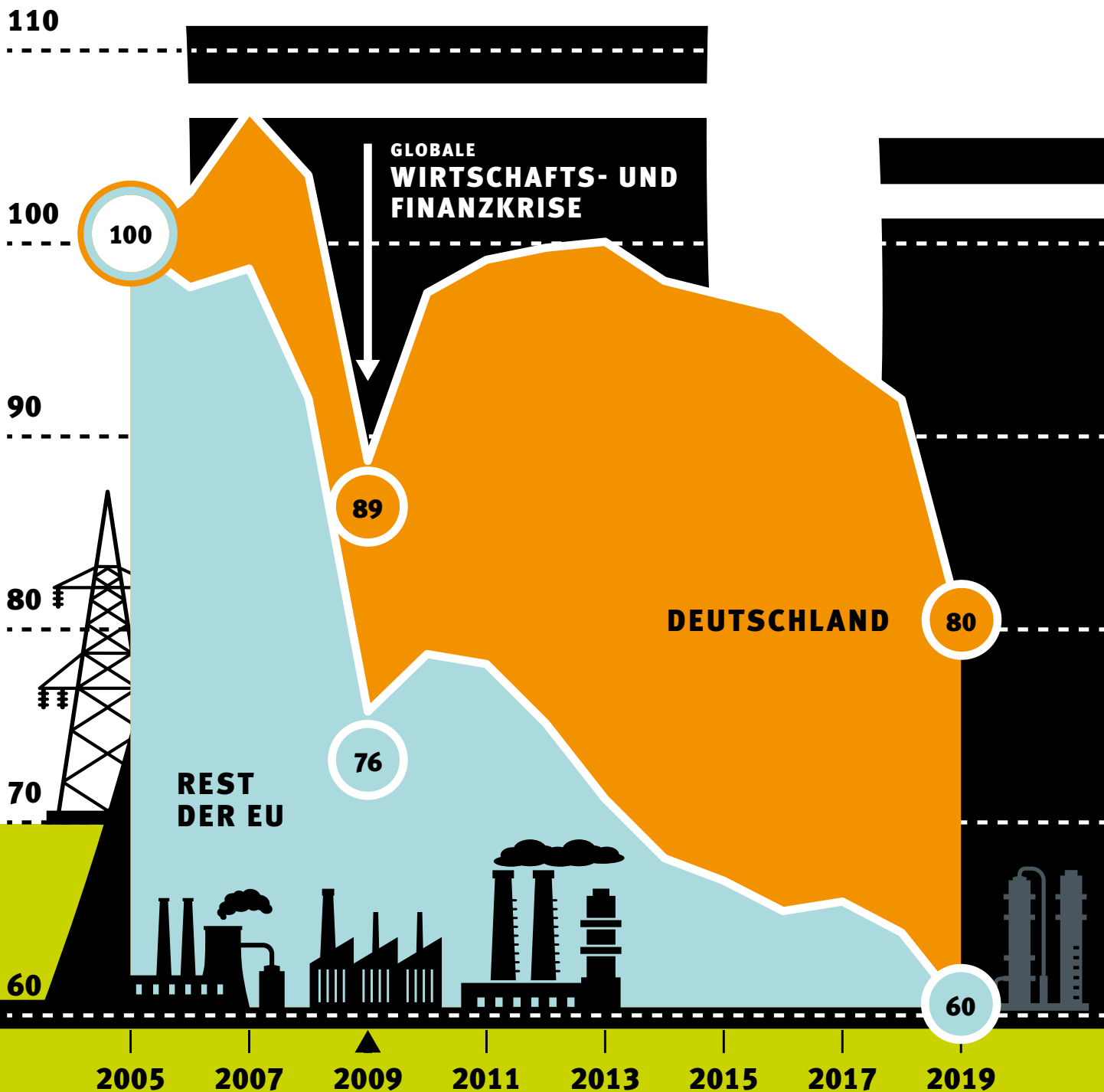
„Is Germany Becoming
the European Pollution
Haven?“

www.zew.de/PU84981



ENTWICKLUNG INDUSTRIELLER CO₂-EMISSIONEN IN DEUTSCHLAND UND DEM REST DER EU SEIT 2005

CO₂-EMISSIONEN
(2005=100%)



QUELLE: IEA (International Energy Agency), Datensatz „CO₂ emissions from fuel combustion“

➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



**PROF. DR.
FRIEDRICH
HEINEMANN**

➤ **LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
UNTERNEHMENS-
BESTEUERUNG UND
ÖFFENTLICHE
FINANZWIRTSCHAFT**

➤ ***UNTERNEHMENS
BESTEUERUNG
UND ÖFFENTLICHE
FINANZWIRT
SCHAFT***

UNTERNEHMENS- BESTEUERUNG UND ÖFFENTLICHE FINANZWIRTSCHAFT

LEITUNG

Prof. Dr. Friedrich Heinemann

STELLVERTRETUNG

Prof. Dr. Zareh Asatryan

Dr. Katharina Nicolay

SCHWERPUNKTE

- Steuerliche Standortanalysen
- Wirkungen der Unternehmensbesteuerung
- Zukunftsorientierte Haushaltssteuerung
- Nationale und europäische Fiskalregeln
- Öffentliche Beschaffung

FOKUS AUF DEN „VALUE FOR MONEY“ IM BUNDESHAUSHALT STATT ALTEN INPUT-DENKENS

- ZEW und Deloitte beraten das Bundesministerium der Finanzen zur Etablierung einer ziel- und wirkungsorientierten Haushaltsführung für den Bund

Die öffentlichen Haushalte in Deutschland sind bis heute stark von einer „input-orientierten“ Perspektive geprägt. Das bedeutet, dass die Politik ihr Engagement für ein bestimmtes politisches Ziel daran misst, wie viele Euro in entsprechende Programme fließen.

Mit dieser Fokussierung auf den Mitteleinsatz hinkt Deutschland vielen anderen OECD-Ländern hinterher, die ihre Haushalte bereits seit Jahren „wirkungsorientiert“ steuern. Im Gegensatz zur Input-Orientierung steht hier die Frage im Vordergrund, ob ein Budget nachweislich dazu beiträgt, politisch gesetzte Ziele zu erreichen. Nach diesem neuen Verständnis ist eine Politik nicht mehr dann erfolgreich, wenn sie viel Geld ausgibt, sondern nur dann, wenn die eingesetzten Mittel auch Wirkungen erzielen.

Auch wenn sich der Bund seit rund zehn Jahren in Richtung einer stärkeren Wirkungsorientierung bewegt, etwa durch übergreifende Evaluierungen im Rahmen der so genannten „Spending Reviews“, bleibt noch viel zu tun. Das Bundesministerium der Finanzen hatte daher das ZEW gemeinsam mit Deloitte beauftragt, eine Strategie für eine umfassende Ziel- und Wirkungsorientierung des Bundeshaushalts zu entwickeln.

Im April 2024 legte das Projektteam einen Fahrplan vor. Zu den Vorschlägen gehören eine bessere Absicherung unabhängiger Evaluationen, die Bewilligung von Haushaltsmitteln nur bei Wirkungsnachweis, die Verankerung der Wirkungsorientierung in der Ausbildung des öffentlichen Dienstes und der Aufbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur zur zeitnahen Verfügbarkeit von Wirkungsindikatoren.

Die Bundesregierung hat die Vorschläge der ZEW-Deloitte-Studie zum Inhalt des nächsten Spending Reviews gemacht. Auf diese Weise werden die Vorschläge in der Bundesverwaltung weiter verbreitet und können Veränderungen anstoßen.



PROJEKT

„Erstellung eines Konzepts zur Einführung einer ziel- und wirkungsorientierten Haushaltsführung“

www.zew.de/PJ3574



NUDGING UND TAX-COMPLIANCE

- Können Handlungsanstöße helfen, die Steuererhebung zu verbessern?
- Nudging-Maßnahmen wie Mahnungen, Moralappelle und Abschreckung sind wirksam
- Optimierung durch Differenzierung nach Zielgruppe, Zeitpunkt und Art

Zunehmend setzt die Politik auf Maßnahmen zur positiven Beeinflussung des Verhaltens von Bürgerinnen und Bürgern, ohne ökonomische Anreize zu schwächen – mit einem Wort: Nudging. Da die Erhebung von Steuern eine zentrale Aufgabe jeder Regierung ist, werden Nudges auch häufig genutzt, um die Tax-Compliance von Einzelpersonen und Unternehmen zu erhöhen.

Steuern werden zum einen gezahlt, da es nicht möglich ist, sie nicht zu zahlen, und zum anderen aus der rationalen Erwägung heraus, dass man beim Betrug erwischt werden könnte. Darüber hinaus wirken sich aber auch moralische Überlegungen oder kognitive Fehlschlüsse wie mangelnde Aufmerksamkeit darauf aus, ob Steuern gezahlt oder nicht gezahlt werden. Aber: Wie wirksam sind Maßnahmen zur Beeinflussung des Verhaltens tatsächlich? Zur Beantwortung dieser Frage haben wir in einer ZEW-Studie die Evidenz aus rund 70 randomisierten Kontrollstudien bewertet.

Dabei unterscheiden wir drei Arten von allgemeinen wirksamen Nudges: 1) einfache Mahnungen, 2) Nudges, die an die Steuermoral appellieren, und 3) die wirksamste Art von Nudges, nämlich Maßnahmen zur Abschreckung, bei denen die Steuerzahlenden über Parameter des Steuervollzugs informiert werden.

Im Vergleich zur Ausgangssituation erhöhen alle Maßnahmen zumindest kurzfristig die Compliance. Für einen größtmöglichen Nutzen von Nudges sollten politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger kontextabhängige Nudges gestalten, die danach differenziert sind, wer wann und wie angesprochen wird.

Nudges funktionieren am besten, wenn sie an nicht pflichtbewusste Steuerzahlende gerichtet sind, z.B. an säumige Steuerpflichtige. Außerdem sind Nudges in der Regel nur für ein paar Monate wirksam. Daher sollten sie wiederholt und zum richtigen Zeitpunkt erfolgen, wie etwa vor wichtigen Abgabefristen für die Steuererklärung. Schließlich müssen Nudges ihre Glaubwürdigkeit behalten: Auch wenn Maßnahmen zur Abschreckung nicht die herkömmlichen Instrumente des Steuervollzugs ersetzen können, sollten Appelle an die Steuermoral mit echten Reformen verbunden sein, die ein ausgewogenes Steuersystem und eine ausreichende Bereitstellung öffentlicher Güter gewährleisten.



STUDIE

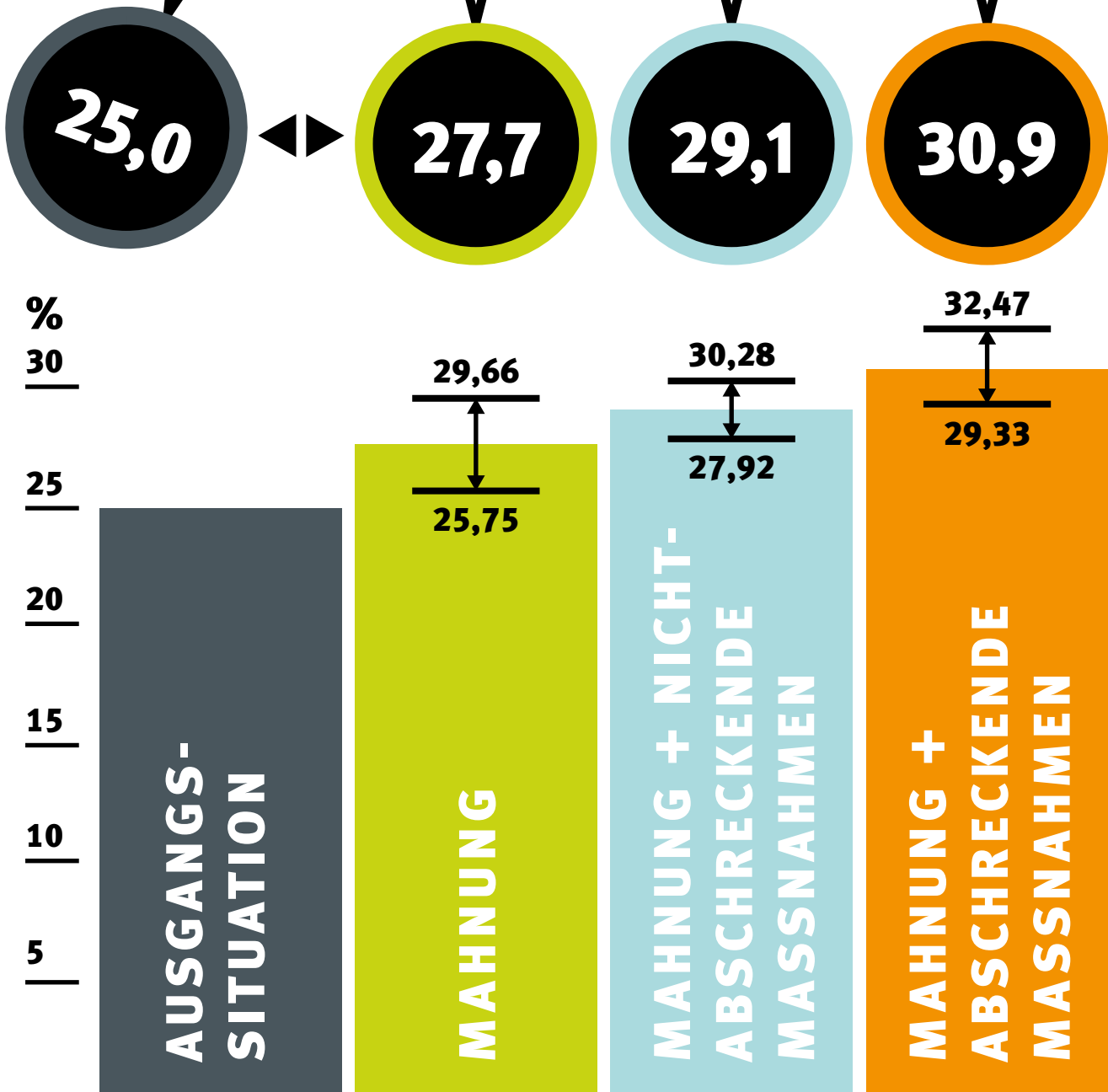
„Nudging for Tax
Compliance:
a Meta-Analysis”

www.zew.de/PU86430



WIE WIRKSAM SIND NUDGES ZUR BEEINFLUSSUNG DER STEUERKONFORMITÄT?

ANTEIL PFLICHTBEWUSSTER STEUERZAHLENDER (%)



➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



**PROF. DR.
SIMON REIF**

➤ LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHS
GESUNDHEITSMÄRKTE
UND GESUNDHEITSPOLITIK

➤ **GESUNDHEITS
MÄRKTE UND
GESUNDHEITS
*POLITIK***

GESUNDHEITSMÄRKTE UND GESUNDHEITS- POLITIK

LEITUNG

Leitung: Prof. Dr. Simon Reif

SCHWERPUNKTE

- Digital Health
- Marktstrukturen
im Gesundheitswesen
- Vergütung von
Gesundheitsleistungen

DIGITALE TRANSFORMATION IM GESUNDHEITSWESEN

- Ökonomische Forschung zur Digitalisierung im Gesundheitswesen noch stark fragmentiert
- Workshop fördert interdisziplinären Austausch und vernetzt die wissenschaftliche Community

Die digitale Revolution im Gesundheitswesen verändert grundlegend, wie medizinische Dienstleistungen erbracht und verwaltet werden und wie neue Produkte entstehen. Ökonomen/-innen aus verschiedenen Fachrichtungen analysieren zunehmend, welchen Einfluss digitale Technologien, IT und neue Datenquellen auf die Gesundheitsversorgung, die Märkte und die regulatorischen Rahmenbedingungen haben.

Vor diesem Hintergrund haben das ZEW, das Hasso-Plattner-Institut (HPI) und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juni 2024 gemeinsam einen wissenschaftlichen Workshop zur digitalen Transformation im Gesundheitswesen organisiert. Ziel der Veranstaltung war es, aktuelle wissenschaftliche Arbeiten zu präsentieren und den interdisziplinären Austausch zwischen Forschung, Praxis und Politik zu fördern.

Der Workshop, der im Digital Health Cluster des HPI in Potsdam stattfand, beleuchtete die Vielfalt dieses noch jungen Forschungsfeldes. Diskutiert wurden unter anderem Kosten und Nutzen digitaler Gesundheitsdienstleistungen, die Rolle von Informationsasymmetrien, verschiedene Vergütungsmodelle sowie ökonomische Aspekte der Datennutzung im Gesundheitssektor.

Im Jahr 2025 wird der Workshop am ZEW stattfinden und den Dialog innerhalb der ökonomischen Forschung sowie mit Akteuren aus Politik und Wirtschaft weiter intensivieren.



WORKSHOP

<https://www.digitalhealthecon.org/workshops/potsdam-2024>



MEHR KRAFT FÜR DIE GESUNDHEITSVERSORGUNG

➤ Langfristige Anreize für bessere Gesundheitsversorgung nötig

Das deutsche Gesundheitssystem bietet im internationalen Vergleich eine umfassende Versorgung. Allerdings liegt Deutschland bei Qualitätsindikatoren für das Gesundheitswesen hinter vergleichbaren Ländern mit niedrigeren Gesundheitsausgaben. Ein Grund dafür ist die kurzfristige Perspektive von Gesundheitspolitik und Selbstverwaltung. Daher schlagen ZEW-Wissenschaftler/innen eine Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen vor. Der Risikostrukturausgleich (RSA), der die Beiträge der Versicherten fair zwischen den einzelnen Krankenkassen aufteilen soll, soll längerfristiger ausgerichtet werden, um Fehlanreize in der Versorgung zu verringern.

Der Vorschlag für einen „Nachhaltigen Risikostrukturausgleich“ zielt darauf ab, die langfristige Gesundheitsvorsorge und Prävention zu fördern. Aktuell bieten Maßnahmen, die die Gesundheit der Versicherten verbessern, keine finanziellen Anreize für die Krankenkassen: Sie führen zu weniger Zuweisungen in den Folgejahren. Der Reformvorschlag sieht vor, die Zuweisungen über einen Zeitraum von zehn Jahren zu berechnen, was langfristige Investitionen in Prävention und innovative Versorgungsformen wirtschaftlich attraktiv machen würde. Dies würde den Krankenkassen Anreize geben, in die Gesundheit der Versicherten zu investieren und eine nachhaltigere Versorgung zu schaffen, die auch den Versicherten zugutekommt. Die Reform soll die Krankenkassen dazu bewegen, nicht nur Behandlungen zu übernehmen, sondern aktiver die Qualität der Versorgung zu gestalten. Zudem soll die Prävention systematisch priorisiert werden, um die hohe Zahl an chronischen Erkrankungen und die relativ niedrige Lebenserwartung in Deutschland zu adressieren.



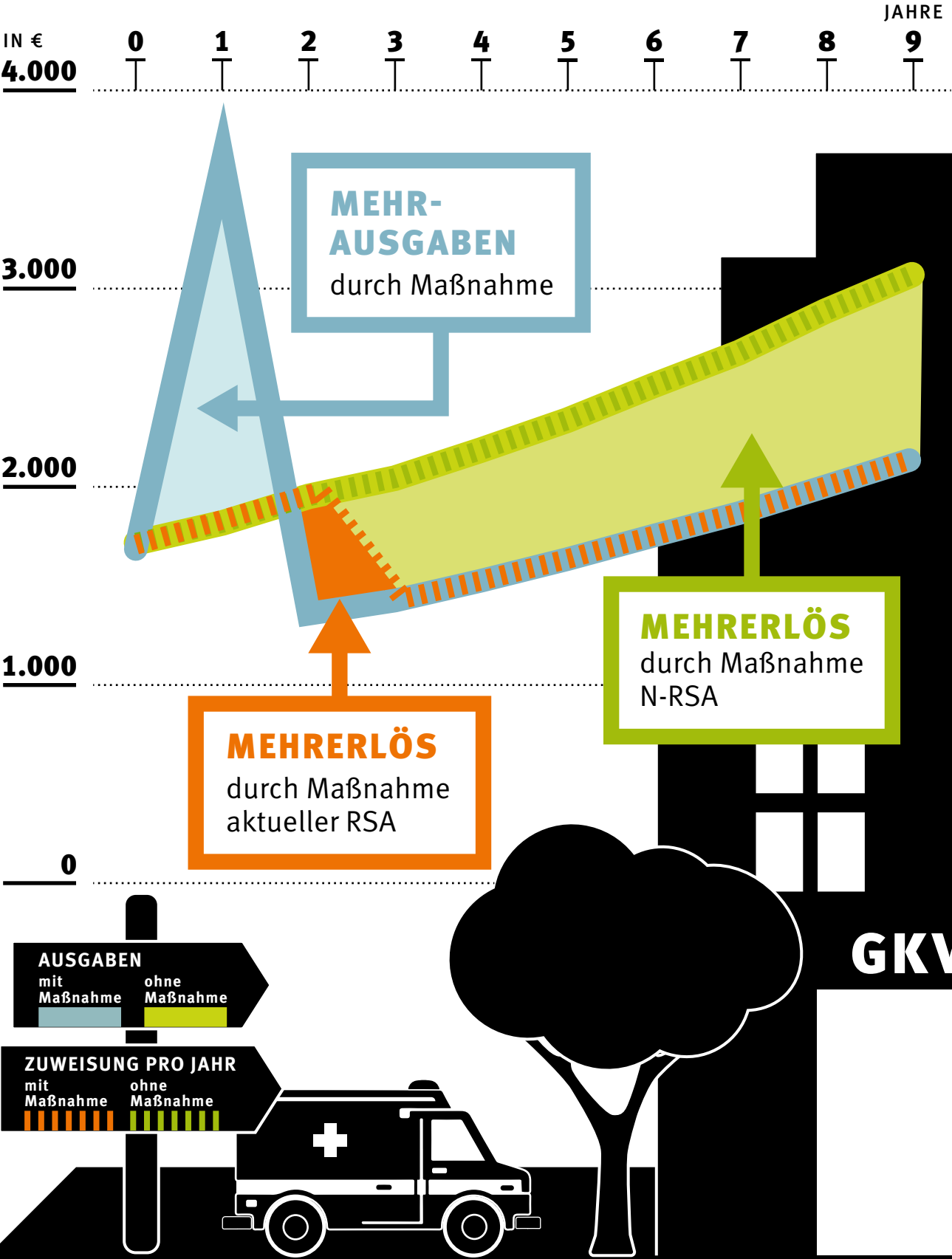
ZEW POLICY BRIEF

„Reformvorschlag für
einen nachhaltigen
Risikostrukturausgleich“

www.zew.de/PU85986



VORSCHLAG FÜR EINEN NACHHALTIGEN RISIKOSTRUKTURAUSGLEICH



➤ **DIE ZEW FORSCHUNGS EINHEITEN**



**PROF. DR.
HOLGER
STICHNOTH**

➤ LEITUNG DES
FORSCHUNGSBEREICHES
UNGLEICHHEIT UND
VERTEILUNGSPOLITIK

➤ **UNGLEICH
HEIT UND
VERTEILUNGS
POLITIK**

UNGLEICHHEIT UND VERTEILUNGSPOLITIK

LEITUNG

Prof. Dr. Holger Stichnoth

STELLVERTRETUNG

Effrosyni Adamopoulou, PhD

SCHWERPUNKTE

- Ungleichheit
- Steuer- und Sozialpolitik
- Lebenszyklus und Familie
- Simulationsmodelle

QUANTIFIZIERUNGEN ZUR EINFÜHRUNG EINER KINDERGRUNDSICHERUNG

- ZEW-Forschende begleiten Gesetzesvorhaben
- Komplizierte Schnittstellenprobleme

Die ZEW-Forschungsgruppe „Ungleichheit und Verteilungspolitik“ hat 2023 und 2024 das Gesetzesvorhaben zur Einführung einer Kindergrundsicherung durch Quantifizierungen begleitet, meist auf Basis des Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodells ZEW EviSTA. Auftraggeber war das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Das ZEW bildete gemeinsam mit dem Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit Bonn und dem ifo-Institut München ein Projektkonsortium.

Die Kindergrundsicherung war als eines der zentralen sozialpolitischen Reformvorhaben der Ampel-Koalition gestartet. Sie sollte laut Koalitionsvereinbarung „Familien stärken und mehr Kinder aus der Armut holen“ sowie „bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schaffen“. Im Vordergrund des Projekts standen Abschätzungen zu den Verteilungs- und Budgetwirkungen einer Kindergrundsicherung. Daneben wurden die Wirkungen auf das Arbeitsangebot und die Inanspruchnahme verschiedener Transferleistungen untersucht. Eine wichtige Rolle spielten die vielfältigen Schnittstellen im komplexen Steuer-Transfer-System. Mithilfe von Mikrosimulationsmodellen können insbesondere Schnittstellenprobleme, die sich aus dem Zusammenwirken der Sozialleistungen ergeben, im Vorhinein identifiziert werden und bei der Ausgestaltung von Steuer- und Transferreformen berücksichtigt werden.

Der Gesetzentwurf zur Kindergrundsicherung wurde letztlich nicht verabschiedet. Er sah nur geringe Leistungserhöhungen vor, insbesondere bei Alleinerziehenden mit niedrigen Einkommen. Die geplante Zusammenlegung von Leistungen hätte zwar einige Vereinfachungen gebracht, zugleich hätten sich aber neue Schnittstellenprobleme ergeben. Zentrale Herausforderungen wie die hohen und komplizierten Transferentzugsraten wären auch durch die Kindergrundsicherung ungelöst geblieben. Die in der Koalitionsvereinbarung angekündigte Neuberechnung des kindlichen Existenzminimums wurde mit dem Gesetzentwurf ebenfalls nur in Teilen umgesetzt. Hier besteht, wie generell bei der Bedarfsermittlung, nach wie vor Handlungsbedarf.

BILDUNG UND UNGLEICHHEIT IN CHINA UND INDIEN

- Neuer, detaillierter Datensatz zur Entwicklung der Bildungssysteme
- Zusammenhänge mit Ungleichheit und wirtschaftlicher Entwicklung

Eine Studie von ZEW-Forscher Li Yang und Nitin Kumar Bharti (New York University Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate) untersucht die unterschiedlichen Bildungssysteme in Indien und China und ihren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Obwohl Indien und China im Jahr 1970 einen fast identischen Wohlstand aufwiesen, ist Chinas Bruttoinlandsprodukt pro Kopf heute fünfmal so hoch wie das Indiens.

Die Studie zeigt, dass Chinas „Bottom-up“-Ansatz in der Bildungspolitik, der in den 1950er Jahren mit der Priorisierung der Grund- und Sekundarschulbildung begann, zu einer höheren Alphabetisierungsrate und einem größeren Anteil an Ingenieuren/-innen und Facharbeitern/-innen führte. Dies ermöglichte es China, die Vorteile des exportorientierten Wachstums im verarbeitenden Gewerbe zu nutzen.

Im Gegensatz dazu verfolgte Indien einen „Top-down“-Ansatz, der Hochschulen auf Kosten der Grundschulbildung förderte. Dies führte zu einer geringeren Alphabetisierungsrate und einem höheren Anteil an Hochschulabsolventen/-innen in Geistes-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften. Infolgedessen konzentrierte sich Indiens Wirtschaftswachstum auf den Dienstleistungssektor.

Die unterschiedlichen Ansätze in der Bildungspolitik haben historische Wurzeln. Chinas Qing-Dynastie konzentrierte sich im späten 19. Jahrhundert auf die Vermittlung von beruflichen Fähigkeiten, während die britischen Kolonialherren in Indien ein Schulsystem zur Ausbildung von Verwaltungsangestellten einführten.

Im Gegensatz zum chinesischen Bildungssystem hat der indische Ansatz zu einer höheren Bildungs- und Lohnungleichheit in Indien geführt. Obwohl das Land einen höheren Anteil an Hochschulabsolventen/-innen aufweist, kämpft Indien nach wie vor mit einer hohen Analphabetenrate. Dies erschwert den strukturellen Wandel, da viele Menschen im wenig produktiven Agrarsektor verbleiben.



ZEW DISCUSSION PAPER

„The Making of China and India in the 21st Century: Long-Run Human Capital Accumulation From 1900 to 2020“

www.zew.de/PU86564



ZWEI WIRTSCHAFTS- MÄCHTE – ZWEI WEGE

BACHELOR-ABSCHLUSS NACH FACHRICHTUNG,
DEKADISCHE DURCHSCHNITTSWERTE (%)

INGENIEURWISSENSCHAFTEN
SOZIALWISSENSCHAFTEN

CHINA

BILDUNGSANSATZ	„Bottom-up“
ALPHABETISIERUNGSRATE	hoch
BERUFE (BEISPIELE)	Ingenieure/-innen, Facharbeiter/-innen
BRANCHE(N)	verarbeitendes Gewerbe



INDIEN

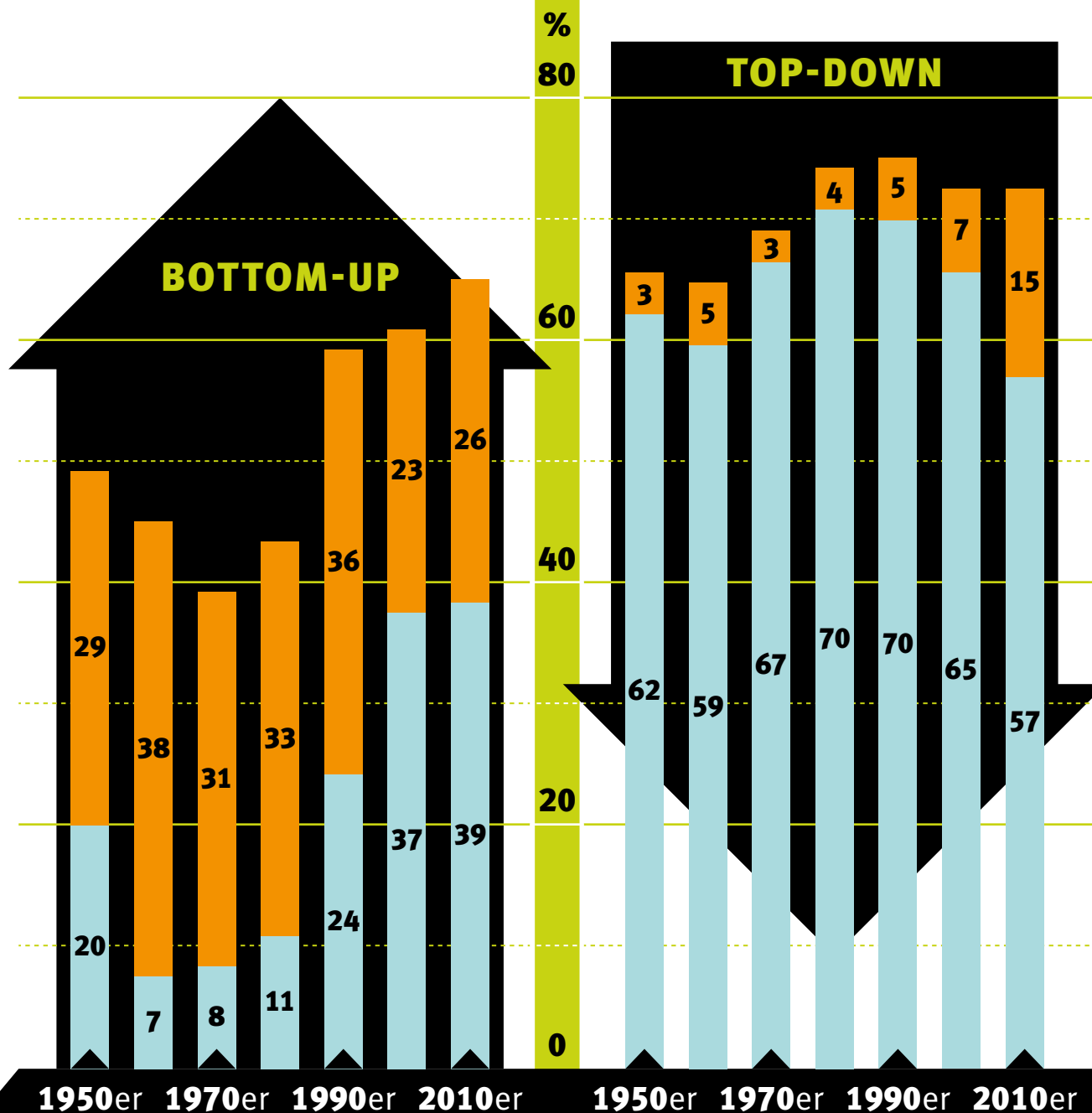
BILDUNGSANSATZ	„Top-down“
ALPHABETISIERUNGSRATE	gering
BERUFE (BEISPIELE)	Wissenschaftler/-innen*
BRANCHE(N)	Dienstleistungssektor/Verwaltung



2024
BIP

CHINA
12.969 USD
INDIEN
2.698 USD

* Hochschulabsolventen/-innen in Geistes-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften



KRAFTVOLLE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER

Seit seiner Gründung 1993 schafft der ZEW-Förderkreis einen Raum für den vertrauensvollen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. So initiieren seine Mitglieder – rund 140 Unternehmen und Persönlichkeiten – unter anderem praxisrelevante Forschungsprojekte, unterstützen die Veranstaltungsformate #ZEWive und Wirtschaftspolitik aus erster Hand und stiften Preise für herausragende wissenschaftliche Arbeiten am ZEW.

➤ **WEITERE INFORMATIONEN**
www.zew-foerderkreis.de



ZEW FÖRDERKREIS
Wissenschaft und Praxis

Haben Sie Interesse an
einer Mitgliedschaft?

**Geschäftsstelle des
ZEW – Förderkreis
Wissenschaft und Praxis e.V.**

Katharina Kober
foerderkreis@zew.de
Telefon: 0621-1235302

**ZUM
ANMELDE-
FORMULAR**



MIT VOLLER KRAFT VERNETZT: UNSERE DIGITALEN KANÄLE

Bleiben Sie mit uns in Verbindung und erhalten Sie fundierte Analysen,
exklusive Einblicke und aktuelle Forschungsergebnisse – jederzeit und überall.

➤ **PODCAST „WIRTSCHAFT · FORSCHUNG · DEBATTE“** **UNSER ZEW-PODCAST**

Unser Podcast „Wirtschaft · Forschung · Debatten“
gibt im Gespräch Einblicke in die Forschungsarbeit der
ZEW-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler –
der direkte Draht zu den Forschenden.



EINEN ÜBERBLICK
ZU ALLEN FOLGEN
GIBT ES HIER

➤ **ZEW MONTHLY**

Unser Newsletter bringt Ihnen jeden Monat spannende
Einblicke in aktuelle Wirtschaftsthemen, exklusive
Analysen und wichtige Veranstaltungen



ZUR
ANMELDUNG

➤ **SOCIAL MEDIA**

KOMPAKT UND AUF DEN PUNKT



➤ **BLUESKY**
[HTTPS://BSKY.APP/
PROFILE/ZEW.DE](https://bsky.app/profile/zew.de)



➤ **X**
[HTTPS://X.COM/ZEW](https://x.com/zew)



➤ **LINKEDIN**
[HTTPS://DE.LINKEDIN.COM/
ORGANIZATION-GUEST/COMPANY/
ZEW-LEIBNIZ-CENTRE-FOR-
EUROPEAN-ECONOMIC-RESEARCH](https://de.linkedin.com/organization-guest/company/zew-leibniz-centre-for-european-economic-research)

➤ **FUNDIERT
UND
VERNETZT.**

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

ZEW – Leibniz-Zentrum für
Europäische Wirtschafts-
forschung GmbH Mannheim
L 7, 1 · 68161 Mannheim
www.zew.de

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Prof. Achim Wambach, PhD
Präsident

Claudia von Schuttenbach
Kaufmännische
Geschäftsführerin

REDAKTION | KOORDINATION

Theresa Heep, Dr. Daniela Heimberger

DOSSIER

Theresa Heep, Corinna Mayer

DESIGNKONZEPT

Yvonne Lupp

INFOGRAFIKEN

Simone Mann

FOTOKONZEPT

Dirk Aschemann

FOTOGRAFIE

Anna Logue Fotografie

DRUCK

Elser Druck GmbH
75417 Mühlacker

ZEW Jahresbericht 2024
29. Jahrgang · ISSN 1434-4424
© ZEW, Mai 2025

Der Nachdruck, auch auszugsweise,
ist nur mit Genehmigung des ZEW
gestattet.

